Zeitschrift: Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...

Herausgeber: Kanton Bern

Band: - (1953)

Artikel: Verwaltungsbericht der Finanzdirektion des Kantons Bern

Autor: Siegenthaler, W. / Moeckli, G.

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-417482

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

VERWALTUNGSBERICHT

DER

FINANZDIREKTION DES KANTONS BERN

FÜR DAS JAHR 1953

Direktor: Regierungsrat **W. Siegenthaler**
Stellvertreter: Regierungsrat **G. Moeckli**

A. Allgemeines

I.

Die Finanzdirektion hat in einem Bericht vom Oktober 1953 die finanzielle Lage des Staates Bern eingehend dargelegt. Anlass zu dieser Berichterstattung gaben vor allem das erstmals seit einer elfjährigen Periode aktiver Rechnungsabschlüsse eingetretene defizitäre Gesamtergebnis der Staatsrechnung 1952 und das enorme Ansteigen der Schulhausbausubventionen. Gestützt auf den Finanzbericht 1953, dessen Schlussfolgerungen die Feststellung enthalten, dass die Ausgaben für Schulhausbausubventionen sowie für allfällige besondere Strassenbauten und andere Bauprojekte den Rechnungsjahren, in denen sie vorgenommen werden müssen, voraussichtlich nicht voll belastet werden können, stimmte der Grosse Rat der Schaffung eines Kontos zu tilgender Aufwendungen zu, dem ausserordentliche Ausgaben für Schulhausbausubventionen, den staatlichen Hoch- und Tiefbau und Massnahmen für Arbeitsbeschaffung belastet werden sollen. Er behielt sich die Beschlussfassung darüber vor, welche Beträge über dieses Konto verbucht werden sollen und erklärte sich damit einverstanden, dass das Konto durch die Erhebung eines besondern Steuerzehntels getilgt wird, sobald die Zuschlagsteuer gemäss den Volksbeschlüssen vom 13. Februar 1944, 25. November 1945, 6. Juli 1947, 8. Juli 1951, 10. Februar 1952 und 23. November 1952 wegfällt.

II.

Die Gedenkfeiern des 600. Jahrestages des Eintritts von Bern in den Ewigen Bund der Eidgenossen, deren Voranschlag bei Einrechnung eines Staatsbeitrages von Fr. 500 000 einen Ausgabenüberschuss von Fr. 44 000 vorgesehen hatte, schlossen erfreulicherweise bei Franken 2 109 006.95 Einnahmen und Fr. 2 096 075 Ausgaben mit einem um Fr. 56 931.95 besseren Rechnungsergebnis ab. Der vom Grossen Rat bewilligte Kredit für einen Staatsbeitrag von Fr. 500 000 musste somit zum Ausgleich der Rechnung bloss mit Fr. 487 068.05 beansprucht werden. Dieses Ergebnis der auf den 10. Dezember 1953 abgeschlossenen Rechnung erfuhr bis zum Ende des Berichtsjahres noch eine Verbesserung um Fr. 6849.65 aus dem bis zu jenem Zeitpunkt weitergeführten Verkauf der Jubiläumstaler. Eine weitere, wenn auch verhältnismässig bescheidene Verbesserung ist aus der öffentlichen Vorführung des offiziellen Jubiläumsfilms und aus dem Verkauf von Festspielmaterial zu erwarten.

III.

Die Staatsrechnung für das Jahr 1953 schliesst bei Fr. 5 452 431.65 Schuldentilgungen und Fr. 9 746 590 Abschreibungen mit einem Reinertrag von Franken 508 742.03 ab.

Im Voranschlag war ein Reinaufwand von Franken 3 605 244 vorgesehen. Das Rechnungsergebnis zeigt somit eine Verbesserung von Fr. 4 113 986.03 gegenüber dem Voranschlag.

Das reine Staatsvermögen vermehrte sich von Fr. 49 893 725.06 auf Fr. 50 402 467.09.

Über Einzelheiten gibt der Bericht der Kantonsbuchhalterei Aufschluss.

IV.

Im Finanzwesen weist das Berichtsjahr folgende wichtigere Erlasse auf:

a) Gesetz vom 15. Februar 1953 über den Finanzausgleich im Kanton Bern.

b) Volksbeschluss vom 6. Dezember 1953 über die Bewilligung eines Nachkredites an die Kosten der Errichtung der Bernischen Heilstätte «Bellevue» in Montana.

c) Volksbeschluss vom 6. Dezember 1953 über die Bewilligung eines Nachkredites an die Kosten der Errichtung der Bergbauernschule in Hondrich.

d) Dekret vom 19. Februar 1953 über die Gewährung einer Teuerungszulage an das Staatspersonal und von zusätzlichen Teuerungszulagen an die Lehrerschaft der Primar- und Mittelschulen sowie an die Rentenbezüger der Hülfskasse und der Lehrerversicherungskasse für das Jahr 1953.

e) Grossratsbeschluss vom 6. März 1953 über die Errichtung einer Stiftung «Bernisches Hilfswerk».

f) Dekret vom 12. November 1953 über die Gewährung von Teuerungszulagen für das Jahr 1954 an die Rentenbezüger der Hülfskasse und der Lehrerversicherungskasse.

g) Verordnung vom 29. Dezember 1953 über die Förderung von Arbeitsbeschaffungsreserven der privaten Wirtschaft.

V.

Noch nicht ausgeführte Motionen und Postulate:

1. Motion Schneiter betreffend Revision des kantonalen Stempelgesetzes.
2. Motion und Postulat Wälti betreffend authentische Interpretation von Art. 87, Al. 1, und Art. 83, Al. 3, des Steuergesetzes.
3. Postulat Nobel betreffend Steuerabzug für Verwitwete ohne Kinder, Postulat Rupp betreffend Steuerteilung in Fällen von Saisonaufenthalt, Postulat Haller betreffend Steuererleichterung für Kleinrentner.
4. Postulat Jaggi betreffend Erlass eines Gesetzes für Invalidenbeihilfe oder -renten.
5. Postulat Kuhn betreffend Budgetausgleich ohne Steuererhöhung.
6. Postulat Landry betreffend Einreihung der Amtsbezirke in Bezirksklassen.
7. Postulat Zimmermann Hermann betreffend Vereinheitlichung des Ferienanspruches für das gesamte Staatspersonal.

VI.

Jahresbericht und Jahresrechnung der bernischen Kreditkasse werden dem Grossen Rat gesondert vorgelegt. Wir führen hier nur die wichtigsten Zahlen an:

Der Darlehensbestand der Kreditkasse hat einen weiteren Abbau um Fr. 156 017.90 erfahren und ist von Fr. 258 924.90 Ende 1952 auf Fr. 102 907 Ende 1953 zurückgegangen.

Der Betriebsüberschuss der Gewinn- und Verlustrechnung von Fr. 4403.20 wurde dem Reservefonds überwiesen, der auf Ende 1953 einen Bestand von Fr. 191 583.10 aufwies.

Der Kapitalbestand des Gemeindeunterstützungsfonds betrug auf Ende 1953 Fr. 858 502 gegenüber Fr. 1 145 265 auf Ende 1952. Die Entnahmen aus dem Fonds für Zuwendungen an Gemeinden und Diverses beliefen sich im Berichtsjahr auf Fr. 316 210.

VII.

Über die **Amtskautionen** und die Art, wie sie geleistet werden, gibt nachstehende Übersicht Aufschluss (Stand 31. Dezember 1953):

Kautionspflichtiges Personal	Es haben ihre Kaution geleistet durch						
	Amtsbürgschafts-Genossenschaft	Barkaution und Wertschriften	Einzelbürgschaft (Solidarbürgen)	Bankgarantie	Kautions-Versicherungspolice	Hängige Fälle	Total Kautionspflichtige
Beamte und Angestellte der Zentralverwaltung	36	1	—	—	—	1	38
Beamte der Bezirksverwaltung	83	2	—	—	—	1	86
Angestellte der Bezirksverwaltung	287	7	—	—	1	1	296
Anstaltspersonal	44	3	—	2	1	—	50
Oberwegmeister	21	—	—	1	—	—	22
Kreiskommandanten	6	—	—	—	—	—	6
Sektionschefs	203	4	—	2	1	2	212
Nachführungsgeometer	27	1	—	—	1	—	29
Betreibungsweibel	154	1	1	—	—	1	157
Personal der Hypothekarkasse	41	—	—	—	1	—	42
	902	19	1	5	5	6	938

B. Verwaltung

I. Direktionsbureau

Die Geschäftskontrollen weisen für das Jahr 1953 folgende Zahlen auf (Vorjahr in Klammern):

Nachlassgesuche in Steuersachen 6079 (7260); Domänengeschäfte, Salzhandel und Mitberichte 2920 (2721); Entscheide über amtliche Inventaraufnahmen 2143 (2046), wobei in 47 (36) Fällen ein Inventar angeordnet wurde.

II. Kantonsbuchhalterei

Personelles

Die Kantonsbuchhalterei wies für 1953 weiterhin einen Personalbestand von 9 Personen auf. Heinz Walther trat auf Beginn des Jahres aus dem Staatsdienst aus, um in das Bankfach zurückzukehren. Nach während beinahe 46 Jahren dem Staate geleisteten Diensten trat Revisor Ernst Stotzer in der Mitte des Jahres in den Ruhestand. Neu konnten als Mitarbeiter gewonnen werden Hans Nobs und Hans Tempelmann, Revisor.

Rechnungsführung

Im Vergleich zur Rechnung 1952 und dem Voranschlag sind die Umsätze der diesjährigen Rechnung, ganz besonders auf der Einnahmenseite, erneut angestiegen. Die Anzahl der verbuchten Anweisungen hielt sich ungefähr im Rahmen des Vorjahres. Mit wenigen Ausnahmen ist das Buchhaltungspersonal der Direktionen nun mit dem neuen Rechnungswesen vertraut. Die Möglichkeiten, die die neue Buchhaltung hinsichtlich der Kreditkontrolle bietet, werden noch nicht überall vollständig ausgenützt. Die Verarbeitung des Materials erfolgte auch in diesem Jahre rasch. Der Abschlussmonat und der Beginn des Monats Januar brachten allerdings einen so grossen Anfall, dass er vom vorhandenen Personal kaum rechtzeitig behandelt werden konnte. Eine bessere zeitliche Verteilung des auf Jahresende zu verarbeitenden Materials muss von den Direktionen in Zukunft angestrebt werden. Die rechnerische Kontrolle war gut. Bis Ende November waren keine wesentlichen Kreditüberschreitungen festzustellen. Auf Jahresende dagegen wiesen einige Staatsanstalten unerwartete, höhere Überschreitungen aus.

Die Finanzrechnung

bietet nach einer Reihe von Abschlüssen, bei denen die Einnahmen die Ausgaben nicht mehr zu decken vermochten, eine angenehme Überraschung.

Die direkten Steuern ergeben, nach Abzug von Taxationskorrekturen aus Rechtsentscheiden von 2,5 Millionen Franken im Vergleich zur Rechnung 1952 einen Mehrertrag von rund 21,3 Millionen Franken und im Vergleich zum Voranschlag 1953 einen solchen von rund 13 Millionen Franken. Die Erbschafts- und Schenkungssteuern und der Staatsanteil auf der eidgenössischen Wehrsteuer weisen ebenfalls Mehrerträge von Fr. 530 000 bzw. Fr. 2 250 000 gegenüber dem Voranschlag auf. Eine solch günstige Auswirkung der Konjunkturjahre 1951 und 1952 auf den Steuerertrag konnte bei der Erstellung des Voranschlages nicht vorausgesehen werden. Diese Sachlage wurde durch erhöhte Gebührenerträge, erhöhte Anteile an eidgenössischen Steuern und Abgaben, einen Kursgewinn, einige grössere Bundesbeiträge sowie höhere Einnahmen aus Wasserrechtsabgaben und Holzverkäufen usw. noch verbessert. Die Einnahmen übersteigen denn auch bei wesentlich höhern Eingängen bei der Militärverwaltung aus Arbeiten für die Eidgenossenschaft den veranschlagten Betrag um rund 24,8 Millionen Franken.

Die Ausgaben waren mit 260,685 Millionen Franken veranschlagt. Die gesprochenen Nachkredite betragen 4,206 Millionen Franken. Totalkredite = 264,891 Millionen Franken. Effektive Ausgaben = 266,825 Millionen Franken. Im letzten Verwaltungsbericht musste erwähnt werden, dass eine zeitliche Richtigstellung der Staatsrechnung für Staatsbeiträge an Viehversicherungskassen und an Gemeinden für dauernd und vorübergehend Unterstützte infolge der schlechten Rechnungslage nicht möglich gewesen sei. Diese Richtigstellung konnte mit Fr. 547 000 bzw. 4,8 Millionen Franken in der Rechnung 1953 vorgenommen werden, welche somit die entsprechenden Beiträge für 1952 und 1953 enthält. Sie enthält ebenfalls den nicht veranschlagten und nicht als Nachkredit behandelten Beitrag an das bernische Hilfswerk von 1 Million Franken.

Wenn Mehr- und Mindereinnahmen untereinander abgerechnet werden, weisen 16 Direktionen Mehreinnahmen und 2 Direktionen Mindereinnahmen aus.

Bei gleicher Abrechnung, aber ohne Berücksichtigung der Nachkredite, weisen 11 Direktionen Mehrausgaben und 7 Direktionen Minderausgaben auf.

Die Finanzrechnung hat im Vergleich zum entsprechenden Voranschlag eine Verbesserung von rund 18,6 Millionen Franken erfahren.

Die Rechnung der Vermögensveränderungen

Zum Teil als Folge der in der Finanzrechnung stehenden Minder- und Mehrausgaben, zum Teil als Folge der günstigen Rechnungslage, weist diese Rechnung wiederum grosse Abweichungen im Vergleich zum Voranschlag auf. Sie schliesst mit einem Mehraufwand von 27,881 Millionen Franken und einem Mehrertrag von 13,326 Millionen Franken ab.

Eine wesentliche *Mehrzunahme* entstand bei den *Debitoren und Beteiligungen* durch die Aufnahme von im Jahre 1954 eingehenden Bundesbeiträgen für den Strassenbau und die Mehrbeteiligung am Kapital der Zuckerfabrik Aarberg. Auf den über spätere Rechnungen abzutragenden Konten (fiktive Aktiven) wurden die Mehrschuld an die Lehrerversicherungskasse und ein neues Darlehen an den Verein Fussball-Stadion Wankdorf aktiviert. Diese Posten werden in Raten abgeschrieben.

Die *Mehrentnahmen* und die *Mehreinlagen beim zweckgebundenen Staatsvermögen* halten sich bis auf eine halbe Million die Waage. In den Mehrentnahmen ist die Rückerstattung vom kantonalen Altersversicherungsfonds für die an das bernische Hilfswerk ausgerichtete Zahlung von 1 Million Franken enthalten.

Die *Mehrentnahmen aus Rückstellungen* decken teilweise die Mehrausgaben der Finanzrechnung.

Bei der *Abnahme der Debitoren* handelt es sich um die Ausbuchung des Forderungspostens Bundessubventionen für den Strassenbau aus dem Vorjahr. Dieser Posten steht in Beziehung zur neu aufgenommenen Forderung 1953, unter Konto 0100.

Grössere *Schuldzunahmen* in den *Kreditoren* sind bei der Lehrerversicherungskasse, der Sport-Toto-Gesellschaft Basel sowie bei den Arbeitsbeschaffungskonten durch die Gutschrift von höhern Zuschlagssteuern entstanden.

Die *Abschreibungen auf Debitoren und Beteiligungen* enthalten als Entlastung der Finanzrechnung nun auch die Eliminationen auf Steuern, Gebühren und Kosten im Betrage von rund 1,5 Millionen Franken. Dank der guten Rechnungslage konnten die Aktien und Anteilscheine mit Fr. 4 242 358 auf ihre Kurs- und Verkehrswerte per Ende 1953 abgeschrieben werden. Aus dem gleichen Grunde wurde ein im Jahre 1952 gewährtes Bahnsanierungsdarlehen von Fr. 535 000 ausgebucht. Die im Vorjahresbericht als nicht durchführbar bezeichneten Abschreibungsoperationen sind 1953 also nun ausgeführt worden.

Die *Mehreinlagen in Rückstellungen* stehen im Zusammenhang mit den Minderausgaben der Finanzrechnung. Der Praxis gemäss sind für alle beschlossenen und budgetierten Projekte die Kosten entweder bezahlt oder zurückgestellt worden (10,8 Millionen Franken). Zusätzlich konnten für Beiträge an Gemeinden für Schulhausbauten und für Beiträge an ordentliche Meliorationen, für die diese Regelung bis jetzt nicht durchgeführt werden konnte, 1,5 Millionen bzw. 1 Million Franken zurückgestellt werden.

Immer als Folge der günstigen Rechnungslage wurden dem *Konto für besondere Aufwendungen* (Krisenreserve) 1,5 Millionen Franken zugewiesen.

Die Rechnung der Vermögensveränderungen enthält infolge der vorgenommenen und vorerwähnten ausserordentlichen Verhandlungen effektive Belastungen von Fr. 8 807 358, die im Voranschlag nicht vorgesehen waren.

Die in der Finanzrechnung und der Rechnung der Vermögensveränderungen stehenden Abtragungen auf den Anleihen mit Fr. 2 899 000 und auf dem Schuldschein mit Fr. 2 253 431.65 (ausgeführte Zahlung) konnten dank des Einnahmenüberschusses der Finanzrechnung effektiv vorgenommen werden. Diese beiden Beträge übersteigen die Summe von 5 Millionen Franken, so dass keine Einlage in die Reserve für Schuldentilgungen (Grossratsbeschluss vom 6. September 1949) vorzunehmen war.

Die Zusammensetzung der Rechnung der Vermögensveränderungen ist in Gruppenausweisen und mit Einzel- oder Sammelposten bei jeder Dienststelle in der gedruckten Staatsrechnung enthalten, auf die wir verweisen.

Die Gesamtrechnung

	Fr.
Der Voranschlag sah bei einem *Ausgabenüberschuss* der *Finanzrechnung* von	8 918 378.—
und einem *Ertragsüberschuss* der *Rechnung der Vermögensveränderungen* von	5 313 134.—
einen *Reinaufwand* vor von	3 605 244.—
Die *Finanzrechnung* lautet:	
Einnahmen	276 576 133.58
Ausgaben	266 825 459.65
Einnahmenüberschuss	9 750 673.93
An Stelle eines Ausgabenüberschusses ergibt sich ein Einnahmenüberschuss und im Vergleich zum Voranschlag eine Verbesserung von	18 669 051.93
Die *Rechnung der Vermögensveränderungen* ergibt:	Fr.
Aufwand	55 352 554.34
Ertrag	46 110 622.44
Überschuss des Aufwandes	9 241 931.90
An Stelle des vorgesehenen Ertragsüberschusses ergibt sich ein Überschuss des Aufwandes und im Vergleich zum Voranschlag eine Verschlechterung von	14 555 065.90
Zusammenzug:	
Einnahmenüberschuss	9 750 673.93
Überschuss des Aufwandes	9 241 931.90
Reinertrag der Gesamtrechnung 1953 .	508 742.03

Das reine Staatsvermögen nimmt um diesen Betrag zu. Die *Jahresrechnung 1953* schliesst um *Fr. 3 491 953.10 besser* ab als die *Rechnung des Vorjahres 1952.* Sie schliesst um *Fr. 4 113 986.03 besser ab* als der *Voranschlag 1953.*

Das Vermögen: Das buchmässig ausgewiesene reine Staatsvermögen (inkl. Fr. 55 427 156.09 zweckgebundenes Staatsvermögen auf Ende 1948)

	Fr.
betrug am 1. Januar 1953	49 893 725.06
Es beträgt am 31. Dezember 1953 . .	50 402 467.09
Zunahme, wie hievor	508 742.03

Einige auf Ende 1952 von Anstalten unter Rückstellungen und Reserven eingereihte Positionen mussten auf Ende 1953 unter die Kontokorrente zurückgebucht werden. Diese Richtigstellungen wurden in der Rechnung der Vermögensveränderungen nicht erfasst. Diese stimmt deshalb mit den Umsatzbeträgen der Verkehrsbilanz um unbedeutende Beträge nicht überein.

Die *Rückstellungen* betragen:

	Fr.
auf 1. Januar 1953	32 850 154.37
auf 31. Dezember 1953	38 568 290.29
und *verzeichnen eine Zunahme* von . .	5 718 135.92

Diese Mittel sind auf Grund von gefassten Beschlüssen und abgegebenen Zusicherungen gebunden. Sie stammen zum Teil von den den Zuschlagsteuerkonten belasteten Projekten.

Die Reserven betragen:

	Zweckbestimmte Fr.	Freie Fr.
auf 1. Januar 1953 . . .	4 715 861.27	5 539 781.—
auf 31. Dezember 1953 .	4 997 565.92	7 043 456.95
und *haben auf Ende 1953 zugenommen* um . . .	281 704.65	1 503 675.95

Das zweckgebundene Staatsvermögen:

	Fr.	
Es betrug am 1. Januar 1953		66 006 043.18
Die Einlagen 1953 betragen.	12 250 121.98	
Die Entnahmen 1953 betragen.	11 675 727.45	
Netto-Zunahme. . . .		574 394.53
	Insgesamt	66 580 437.71

Reinvermögen der zweckgebundenen Fonds auf 31. Dezember 1953 inkl. Reservekonten der Kantonalbank und der Hypothekarkasse von 23,700 Millionen Franken . . . . . Fr. 66 580 437.71

Von diesem Betrag sind Fr. 55 427 156.09 im Reinvermögenskonto des Staates und Fr. 11 153 281.62 auf besonderem Vermögenskonto des Zweckvermögens ausgewiesen.

Die über die Verwaltungsrechnung abzutragenden Konten oder zu tilgenden Aufwendungen:

Sie werden durch jährliche festgesetzte Raten abgeschrieben bzw. abgetragen. 1953 haben sie durch Anwachsen der Verpflichtungen bei der Lehrerversicherungskasse, der Sport-Toto-Gesellschaft und beim Forstwesen zugenommen und betragen. . . . . Fr. 12 167 637.72

Die Arbeitsbeschaffungskonten 1944 (Zuschlagsteuer):

	Fr.	Fr.
Die Beanspruchung dieser Kredite betrug am 1. Januar 1953.		57 665 262.30
Neubeanspruchung 1953: Haushaltungslehrerinnen-Seminar und Bankzinse . . .	3 380 000.—	
abzüglich Abtragung Fischzuchtanstalt Eichholz.	20 000.—	
		3 360 000.—
		61 025 262.30
Die eingenommenen Zuschlagssteuern betrugen am 1. Januar 1953	37 271 686.30	
plus Zuschlagssteuern 1953	6 051 670.—	
		43 323 356.30
Der ungedeckte Saldo beträgt		17 701 906.—

Davon sind 12 Millionen Franken durch Reskriptionskredite von der Kantonalbank bevorschusst.

Die Steuerausstände: Die Ausstände an direkten Steuern betrugen auf Jahresende (25. Januar 1954) Fr. 44 353 717.21. Davon entfallen auf die Gemeinde Bern Fr. 22 207 797.29. An eidgenössischen Steuern waren ausstehend Fr. 1 843 401.74. Die 1954 zu beziehende Wehrsteuerquote 1953 ist in der Rechnung berücksichtigt und unter den transitorischen Konten aktiviert worden.

Bilanz des Staatsvermögens

Aktiven	1953 Fr.	1952 Fr.
1. Verfügbare Mittel	2 093 207.64	2 116 454.85
2. Debitoren.	85 183 174.84	86 141 081.57
3. Anlagen und Investitionen	361 862 874.22	359 370 293.86
4. Innenverkehr	18 448 648.47	2 574 241.48
5. Über die Verwaltungsrechnung abzutragende Konten.	12 167 637.72	11 302 241.37
7. Arbeitsbeschaffung, Bodenverbesserungen, Milderung der Wohnungsnot, Spital- und Institutsbauten	61 025 262.30	57 665 262.30
8. Konten des zweckgebundenen Staatsvermögens, Anlagen	69 428 328.31	67 347 119.43
	610 209 133.50	586 516 694.86

Passiven	Fr.	Fr.
1. Schwebende Schulden	68 307 438.44	62 178 112.36
Feste Schulden	294 666 847.—	300 119 278.65
2. Kreditoren	41 265 163.39	39 580 247.85
3. Wertberichtigungen (inkl. Eisenbahnamortisationsfonds)	30 824 133.—	26 046 775.—
4. Innenverkehr	10 543 418.90	10 135 285.66
6. Rückstellungen	38 568 290.29	32 850 154.37
7. Arbeitsbeschaffung, Bodenverbesserungen, Milderung der Wohnungsnot, Spital- und Institutsbauten	43 323 356.30	37 271 686.30
8. Zweckgebundenes Staatsvermögen (inkl. Kreditoren und Rückstellung)	20 266 996.22	18 185 787.34
9. Vermögenskonten	62 443 489.96	60 149 367.33
	610 209 133.50	586 516 694.86

Die Aktiven haben im Vergleich zur Bilanzsumme 1952 um Fr. 23 692 438.64 und die Passiven inkl. Wertberichtigungen, Rückstellungen und Konten des zweckgebundenen Staatsvermögens um Fr. 21 398 316.01 zugenommen. Die Vermögenskonten verzeichnen eine Zunahme von Fr. 2 294 122.63.

An wesentlichsten Veränderungen sind zu verzeichnen:

Bei den Aktiven:

Zunahmen: Aktien und Anteilscheine: Neubeteiligungen Zuckerfabrik Aarberg und Gesellschaft Pergola. *Domänen:* Ankäufe, Nach- und Neuschatzungen. *Transitorische Aktiven:* Erfassung des erst 1954 zu beziehenden Wehrsteueranteiles 1953, Zunahme der zu erwartenden Bundesbeiträge im Strassenbau. *Über Verwaltungsrechnung abzutragende Konten:* Zunahme der Schuld an die Lehrerversicherungskasse, an die Sport-Toto-Gesellschaft Basel und der abzutragenden Projekte im Forstwesen. *Arbeitsbeschaffungskonten:* Belastung der Baukosten Haushaltungslehrerinnenseminar und der Passivzinse. *Zweckgebundenes Staatsvermögen:* Zunahme der Anlage.

Abnahmen: Über Verwaltungsrechnung abzutragende Konten: Heilstätte Bellevue Montana und Tbc.-Fonds, Abschreibung und Rückzahlungen des Tbc.-Fonds.

Bei den Passiven

Zunahmen: Darlehen: Zunahme der Darlehen Sport-Toto-Gesellschaft Basel und KWO Innertkirchen. *Kreditoren:* Eröffnung des Kontos «Arbeitsbeschaffungsreserven der Privatindustrie». *Wertberichtigungen:* Abschreibungen auf Aktien und Anteilscheinen und auf Obligationen-Darlehen. *Transitorische Konten:* Grössere, auf neue Rechnung zu übertragende Autosteuereingänge und Einnahmen der Staatsforstverwaltung. *Rückstellungen:* Vermehrung durch Arbeitsbeschaffungskonten für das Haushaltungslehrerinnenseminar und mit 2,5 Millionen Franken durch die Rechnung für Beiträge an Gemeinden für Schulhausbauten und ordentliche Meliorationen (Hauptposten). *Arbeitsbeschaffungskonten:* Zunahme durch Zuschlagsteuerbetrag 1953. *Zweckgebundenes Staatsvermögen:* Zunahme der Kreditoren des Finanzausgleichsfonds und der Tierseuchenkasse, sowie Kapitalzunahme dieses Vermögens gemäss vorstehendem Ausweis. Die *zweckbestimmten Reserven* haben beim Konto Krisenreserve für die Arbeitslosenversicherung um rund Fr. 420 000 zugenommen. Bei den *freien Reserven* ist das Konto für besondere Aufwendungen mit 1,5 Millionen Franken gespiesen worden.

Abnahmen: Schwebende Schulden: Die laufenden Kontokorrentschulden bei den beiden Staatsbanken sind im Vergleich zum Vorjahr etwas gesunken. *Feste Schulden:* Die Anleihen und das Schuldscheindarlehen bei der Kantonalbank weisen um die abgetragenen Beträge verminderte Bestände aus. *Kreditoren:* Fr. 200 000 Hypotheken wurden zurückbezahlt.

Bürgschafts- und Garantieverpflichtungen des Staates

(Gemäss Art. 3, Absatz 2, des Finanzverwaltungsgesetzes vom 3. Juli 1938)

1. *Hypothekarkasse,* § 31 des Gesetzes vom 18. Juli 1875 über die Hypothekarkasse. Für alle von der Hypothekarkasse eingegangenen Verpflichtungen haftet das Staatsvermögen im allgemeinen und das Aktivkapital der Anstalt im besonderen.
2. *Kantonalbank,* Art. 4 des Gesetzes vom 5. Juli 1942 über die Kantonalbank. Der Staat haftet für die Verbindlichkeiten der Kantonalbank.
3. *Hülfskasse für die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Staatsverwaltung.* Dekret vom 9. November 1920.
   a) § 52. Der Staat übernimmt die Garantie für die Erfüllung der Verpflichtungen der Kasse.
   b) § 67. Der Staat garantiert die Verzinsung zu 4% des bei der Hypothekarkasse angelegten Kassenvermögens.
4. *Bernische Kreditkasse.* Gesetz vom 19. Oktober 1924, Art. 13. Der Staat und die beteiligten Gemeinden haften für die Verbindlichkeiten der Kreditkasse.
5. *Darlehen der Kantonalbank von Bern an bernische Gemeinden mit Staatsgarantie.*
   a) Grossratsbeschluss vom 14. September 1932. Garantiesumme bis Fr. 1 000 000.
   b) Grossratsbeschluss vom 22. November 1933. Garantiesumme ebenfalls bis Fr. 1 000 000.
6. *Betriebsdefizitdeckung an Privatbahnen.*
   a) Bern–Neuenburg-Bahn, Grossratsbeschluss vom 15. Mai 1951; in den Jahren 1951–1955 pro Jahr max. Fr. 29 400.

b) Compagnie des Chemins de fer du Jura, Volksbeschluss vom 3. Dezember 1950; gemeinsam mit Bund, Kanton Neuenburg und Gemeinden.

c) Gürbetal–Bern–Schwarzenburg-Bahn, Grossratsbeschluss vom 16. September 1953. Jährlich max. Fr. 70 000.

III. Finanzinspektorat

Im Verlaufe des Berichtsjahres sind folgende Revisionen durchgeführt worden:

	Zahl der Kassen	Zahl der Revisionen
Amtsschaffnereien	23	26
Staatsanstalten	37	36
Justizverwaltung:		
Obergericht	1	1
Verwaltungsgericht	1	1
Handelsgericht	1	1
Versicherungsgericht	1	—
Betreibungs- und Konkursämter	31	26
Gerichtsschreibereien und andere Kassen der Gerichtsverwaltung	40	41
Regierungsstatthalterämter	30	33
Grundbuchämter	30	28
Andere Kassen von Direktionen	71	62
Total	266	255

Amtsschaffnereien

Die monatliche Passation der Amtsschaffnereirechnungen konnte in normaler Weise ausgeführt werden. Das Personal hat sich nun mit den in den letzten Jahren eingeführten Neuerungen restlos vertraut gemacht.

Die Amtsschaffnereien Seftigen und Schwarzenburg sind Anfang Januar mit derjenigen von Bern vereinigt worden. Weitere Zusammenlegungen haben im Berichtsjahr nicht stattgefunden, so dass die Finanzverwaltung in den Bezirken von 23 Amtsschaffnereien besorgt wurde.

Staatsanstalten

Über den Verkehr unseres Inspektorates mit den Staatsanstalten, die vorgenommenen Inspektionen und die monatlichen Rechnungsrevisionen ist nichts besonderes zu bemerken.

Kassastellen der Justizverwaltung und andere Kassen der Direktionen

Die üblichen Revisionen sind am Sitz der zahlreichen Stellen vorgenommen worden. Auch über die Ergebnisse dieser Kontrollen ist nichts besonderes hervorzuheben.

Unregelmässigkeiten

Es sind zwei Fälle von Unregelmässigkeiten zu verzeichnen. Die Fehlbaren sind den zuständigen Gerichtsstellen überwiesen worden.

Personal

a) Inspektorat

Keine Mutationen

b) Amtsschaffnereien

Als Nachfolger des zum Inspektor der Justizdirektion gewählten Notar Robert Schmied wurde Fürsprecher Karl Tännler zum Amtsschaffner und Grundbuchverwalter von Oberhasli ernannt. An die Stelle des im Mai verstorbenen Notar Frédéric Senn, Amtsschaffner und Grundbuchverwalter von Pruntrut, wurde Notar Ernest Rufer gewählt.

IV. Hülfskasse

Der Grosse Rat hat die für das Jahr 1952 getroffene Regelung der Teuerungszulagen an die Rentenbezüger der Hülfskasse durch die Dekrete vom 10. November 1952 und 19. Februar 1953 auch für das Jahr 1953 anwendbar erklärt.

Die Einnahmen des Rentenfonds verzeichnen gegenüber der letztjährigen Rechnung eine rein zufällige Verminderung, die auf verminderte Übertritte aus andern Kassen und von Spareinlegern zurückzuführen ist. Die ordentlichen Beiträge der Versicherten und des

Staates weisen eine nicht ins Gewicht fallende Vermehrung auf. Vermehrt hat sich auch der Ertrag aus Kapitalanlagen.

Die Ausgaben des Rentenfonds bieten hinsichtlich der Vermehrung der Rentenleistungen das gleiche Bild wie in den Vorjahren, d. h. eine fortwährende Erhöhung der Aufwendungen für Versicherungsleistungen. Die hauptsächlichsten Posten der Rechnung über den Spareinlagenfonds weisen in den Einnahmen Erhöhungen auf, die mit der im Berichtsjahre eingetretenen Entwicklung des anrechenbaren Jahresverdienstes im Zusammenhange stehen. Obwohl die einzelnen Ausgabenposten des Spareinlagenfonds fast ausnahmslos Vermehrungen gegenüber der letztjährigen Rechnung aufweisen, zeigt der Gesamtbetrag der Ausgaben doch eine Verminderung, die ihre Begründung in der gegenüber dem Vorjahre herabgesetzten Zahl von Übertritten von der Sparversicherung in die Rentenversicherung findet. Die Einnahmen des Unterstützungsfonds haben gegenüber der letztjährigen Rechnung eine Erhöhung erfahren durch die Zuwendung der Einlagen des Staates aus dem Sparguthaben eines verstorbenen Spareinlegers. Für Unterstützungen wurden im Berichtsjahre weniger Mittel beansprucht als im Jahre 1952, obwohl auch im Berichtsjahre die Aufwendungen für Unterstützungen den Ertrag der Kapitalanlagen überschritten. Die Sparkasse für das Aushilfspersonal weist in allen Einnahmenpositionen Vermehrungen auf, die, abgesehen vom vermehrten Ertrag der Kapitalanlagen, auf eine Zunahme der Beiträge zurückzuführen sind. Die gegenüber dem Vorjahre zahlenmässig höhern Rückzahlungen an ausgetretene Einleger der Sparkasse des Aushilfspersonals bewirkten eine Vermehrung der Ausgaben.

Am 31. Dezember 1953 betrug der Mitgliederbestand 4709 Versicherte (Vorjahr 4623). Der Zuwachs bezifferte sich auf 477, der Abgang auf 391 Personen. Die Spareinleger verzeichnen am Ende des Berichtsjahres, bei 79 Neueintritten und 82 Austritten, einen Bestand von 504 Personen (Vorjahr 507). Die Bewegung der Einleger der Sparkasse des Aushilfspersonals weist bei 88 Neueintritten und 84 Austritten einen Endbestand von 332 Einlegern auf. Der beitragspflichtige Jahresverdienst der Versicherten bezifferte sich am 31. Dezember 1953 für den Rentenfonds auf Fr. 43 442 666 (Vorjahr Fr. 42 373 662), für den Spareinlagenfonds auf Franken 3 464 977 (Vorjahr Fr. 3 449 056) und für die Sparkasse des Aushilfspersonals auf Fr. 1 578 391 (Vorjahr Fr. 1 506 222). Die Zahl der Rentenbezüger betrug am 31. Dezember 1953 1537 Personen (Vorjahr 1519) zuzüglich 45 Bezüger von Leibrenten (Vorjahr 35). Die jährliche Rentensumme bezifferte sich am Ende des Berichtsjahres auf Fr. 5 258 831 (Vorjahr Fr. 5 064 957) für ordentliche Renten und auf Fr. 115 852.35 (Vorjahr Fr. 96 086.25) für die aus Sparguthaben gebildeten Leibrenten.

Von neu in die Kasse eingetretenen Versicherten, die das 40. Altersjahr überschritten hatten, wurden im Jahre 1953 8 Gesuche um den Einkauf von Zusatzjahren eingereicht, die bewilligt wurden. Die aus diesen Begehren resultierenden Einkaufssummen beliefen sich auf Fr. 112 929, wovon Fr. 81 305 auf den Staat und Fr. 31 624 auf die Versicherten entfielen.

Am 19. Februar 1953 hat der Grosse Rat beschlossen, das Personal der Regionalplanungsgruppe Bern in die Hülfskasse aufzunehmen. Ein gleicher Beschluss wurde am 12. Mai 1953 für den Synodalratsvikar der evangelisch-reformierten Landeskirche des Kantons Bern gefasst.

Der Bestand der Rentenbezüger hat im Berichtsjahre folgende Änderungen erfahren:

	Invalide	Witwen	Waisen	Doppelwaisen
Bestand am 31. Dezember 1952 . . .	763	615	107	26
Zuwachs im Berichtsjahre	55	46	17	—
	818	661	124	26
Abgang infolge Todes und Erlöschens der Rentenberechtigung	51	30	17	2
Bestand am 31. Dezember 1953 . . .	767	631	107	24
Veränderungen gegenüber dem Vorjahre	+4	+16	—	−2

Die Revision des Dekretes über die Hülfskasse ist im Berichtsjahre so weit gefördert worden, dass dem Regierungsrat zuhanden des Grossen Rates eine entsprechende Vorlage unterbreitet werden konnte. Diese hat am 1. März 1954 die Zustimmung des kantonalen Parlaments erhalten.

Jahresrechnung

Rentenfonds

Die Einnahmen betrugen im Berichtsjahr unter Berücksichtigung der Vermehrung der Einkaufsgelder und der Transitorien	Fr.	11 263 457.90
Die Ausgaben betrugen im Berichtsjahr	»	5 545 625.45
Der Einnahmenüberschuss beträgt	Fr.	5 717 832.45

Die Kapitalrechnung zeitigt folgendes Ergebnis:

Guthaben bei der Hypothekarkasse einschliesslich ausstehende Forderungen	Fr.	87 752 377.05
Es betrug am 31. Dezember 1952 .	»	82 034 544.60
Die *Kapitalvermehrung* pro 1953 beträgt somit	Fr.	5 717 832.45

Spareinlagenfonds

Die Rechnung über den Spareinlagenfonds gestaltet sich folgendermassen:

Einnahmen	Fr.	980 633.35
Ausgaben	»	319 151.50
Der Einnahmenüberschuss beträgt somit	Fr.	661 481.85

Die Kapitalrechnung weist folgende Summen auf:

Der Kapitalbestand betrug am 31. Dezember 1953	Fr.	8 380 782.15
Er betrug am 31. Dezember 1952 .	»	7 719 300.30
Die *Kapitalvermehrung* pro 1953 beträgt somit	Fr.	661 481.85

Unterstützungsfonds

Einnahmen	Fr.	29 106.50
Ausgaben	»	12 569.70
Der Einnahmenüberschuss pro 1953 beträgt somit	Fr.	16 536.80

Die Kapitalrechnung des Unterstützungsfonds zeitigt folgendes Ergebnis:

Der Kapitalbestand betrug am 31. Dezember 1953	Fr.	269 698.45
Er betrug am 31. Dezember 1952	»	253 161.65
Die *Kapitalvermehrung* pro 1953 beträgt somit	Fr.	16 536.80

Sparkasse des Aushilfspersonals

Einnahmen	Fr.	260 242.65
Ausgaben	»	134 609.25
Der Einnahmenüberschuss beträgt somit	Fr.	125 633.40

Die Kapitalrechnung weist folgende Summen auf:

Der Kapitalbestand betrug am 31. Dezember 1953	Fr.	1 146 440.55
Er betrug am 31. Dezember 1952	»	1 020 807.15
Die *Kapitalvermehrung* pro 1953 beträgt somit	Fr.	125 633.40

Im übrigen wird auf den ausführlichen Jahresbericht der Hülfskasse verwiesen.

V. Personalamt

1. Besoldungen

Ab 1. Januar 1953 übernahm das Personalamt von der Erziehungsdirektion das Besoldungswesen für die bernische Lehrerschaft. Diese neue Aufgabe wurde anfänglich mit 2, später mit einem zusätzlichen Angestellten bewältigt. Auf der Erziehungsdirektion konnten in der Folge 1 definitive Arbeitskraft sowie 1 ganztägige und 1 halbtägige Aushilfskraft eingespart werden.

Die Besoldungen des Staatspersonals erfuhren keine Änderung; es wurden die gleichen Teuerungszulagen wie im Vorjahr ausgerichtet.

2. Kranken- und Unfallversicherung

Der Kollektivkrankenversicherung gehörten am 31. Dezember 3007 Beamte an (Krankenkasse für den Kanton Bern 2551, La Jurassienne 456). 1350 erkrankte Mitglieder bezogen insgesamt 2090 Krankenscheine.

Die Kollektivunfallversicherung musste in 8 Fällen (davon 4 Todesfälle) beansprucht werden. Die von der Kollektivunfallversicherung ausgerichteten Leistungen beliefen sich auf Fr. 95 577.

3. Personalkommission

An Stelle des verstorbenen Herrn Dr. Luick wählte der Regierungsrat als Nachfolger Herrn K. Geissbühler, Sekretär des Bernischen Staatspersonalverbandes. Die Personalkommission behandelte ihre Geschäfte in 5 Sitzungen.

4. Verschiedenes

Grössere ausserordentliche Fragen, an denen das Personalamt mitzuarbeiten hatte, betrafen die Autoentschädigungen, das neue Versicherungskassendekret, das Beamtengesetz, die Ferienordnung, die Ausrichtung von Schulgeldzulagen an französischsprechende Beamte in Bern und die Mietzinserhebung als Grundlage zur Überprüfung der Ortszulagen.

5. Personalstatistik

Die Direktionen beschäftigten auf Jahresende:

	Beschäftigte inklusive Aushilfen			In Vollbeschäftigte umgerechnet	Veränderung gegenüber Vorjahr
	Männer	Frauen	Zusammen		
Staatskanzlei	32	5	37	36	—
Volkswirtschaft	213	78	291	258	+ 20
Justiz	541	104	645	642	+ 9
Polizei	761	103	864	860	+ 40
Finanz	397	78	475	466	+ 20
Erziehung	538	206	744	606	+ 34
Kirchen	451	1	452	450	+ 4
Bau- u. Eisenbahn	578	17	595	577	— 9
Forsten	267	11	278	133	+ 3
Landwirtschaft	164	88	252	252	+ 5
Militär	195	22	217	214	— 12
Fürsorge	112	89	201	199	+ 1
Gemeinde	8	3	11	11	—
Sanität	566	635	1201	1186	+ 26
Total	4823	1440	6263	5890	+141

Die grössten Veränderungen gegenüber dem Vorjahr weisen auf: Polizeidirektion (+ 40): Vermehrung des Polizeikorps, das auf Jahresende u. a. 32 Rekruten zählte; vermehrtes Personal auf dem Strassenverkehrsamt (inkl. Aushilfen) und auf dem Motorfahrzeugexpertenbüro.

Erziehungsdirektion (+ 34): Erstmals werden auch die Lehrlinge und Lehrtöchter der Hochschulinstitute in die Personalzählung eingeschlossen. Die Vermehrung beträgt daher im Grunde nur 19 Personen. Diese Ver-

mehrung ist wie in den früheren Jahren hauptsächlich auf die Bedürfnisse der Hochschule zurückzuführen.

Sanität (+ 26): Vermehrung des Pflegepersonals.

Volkswirtschaft (+ 20): Schaffung der Schweizerischen Holzfachschule am Technikum Biel; vorübergehend tätiges Aushilfspersonal beim Versicherungsamt im Zusammenhang mit der Abänderung des Bundesgesetzes über die AHV.

Finanzen (+ 20): Die Vermehrung betrifft hauptsächlich vorübergehend angestelltes Aushilfspersonal der Veranlagungsbehörden.

Nach dem Zivilstand ergab sich für das Staatspersonal folgendes Bild:

	Männer	Frauen	Total
Ledig	828	1138	1966
Verheiratet	3615	156	3771
Verwitwet	41	38	79
Geschieden	31	43	74
Total	4515	1375	5890

Die Zahl der am 31. Dezember 1953 ausgerichteten Kinderzulagen betrug 4941.

Die am 31. Dezember 1953 für den Staatsanteil besoldeten *Lehrer* wiesen folgenden Zivilstand auf:

	Primarlehrer			Sekundarlehrer		
	Männer	Frauen	Total	Männer	Frauen	Total
Ledig	346	996	1342	104	84	188
Verheiratet	1414	346	1760	445	12	457
Verwitwet	19	52	71	11	3	14
Geschieden	5	20	25	—	2	2
Total	1784	1414	3198	560	101	661

Die Zahl der am 31. Dezember 1953 an diese Lehrkräfte ausgerichteten Kinderzulagen betrug 2632.

Arbeitslehrerinnen wurden beschäftigt:
196 Sekundar-Arbeitslehrerinnen für 457 Klassen;
785 Primar-Arbeitslehrerinnen für 1795 Klassen.

VI. Steuerwesen

A. Zentralverwaltung

1. Amtliche Bewertung der Grundstücke und Wasserkräfte. Berichtigungen von amtlichen Werten sind im Berichtsjahr 9468 (9205) vorgenommen worden. Von den Steuerpflichtigen wurden 195 (173) Rekurse eingereicht, von der Steuerverwaltung 1 Rekurs (1); davon sind schon 191 entschieden. Beschwerden beim Verwaltungsgericht wurden keine eingereicht; die ausstehende Beschwerde aus dem Jahre 1952 ist entschieden worden. – Über die Kosten der Berichtigungen wurde mit 478 Gemeinden abgerechnet.

2. Die Abteilung für Steuererlassgesuche hatte auf Ende 1952 noch 570 (686) Gesuche hängig. Neu eingegangen sind 7986 (9300) Gesuche, und zwar 998 (1497) für die Wehrsteuer und 6988 (7803) für die Staatssteuer, wovon nicht weniger als 3416 den Kreis Bern-Stadt und nur 3572 den ganzen übrigen Kanton betreffen. Von den total 8556 Gesuchen konnten 7988 erledigt werden, und zwar wurden 5759 ganz oder teilweise gutgeheissen während 2229 abgewiesen wurden. Hängig blieben auf Jahresende noch 568 Gesuche. – Für die Steuerjahre 1949 bis und mit 1953 wurde ein Gesamtbetrag von Fr. 386 789.70 (391 336.85) erlassen. – Ausser den Erlassgesuchen hatte die Abteilung noch rund 500 Stundungs- und Rückerstattungsgesuche zu behandeln. – Der Rückgang der Gesuche ermöglichte es, das Personal zeitweise andern Abteilungen zur Verfügung zu stellen.

3. Meldungen für die AHV, die Krankenkassen und die Bergbauernhilfe. Von 110 AHV-Ausgleichskassen sind 74 515 (73 358) Meldeformulare über das Einkommen selbständig Erwerbender oder nicht erwerbstätiger Steuerpflichtiger eingegangen; erledigt wurden bis Jahresende 74 328 Meldungen. Ferner mussten 1070 (742) Berichte an Kassen und Gerichte behandelt werden. Die Entschädigung für die AHV-Meldungen hat für die Veranlagungsperiode 1953/54 Fr. 142 638 (Fr. 142 614) betragen. – An Erhebungsformularen für die Krankenkassen mussten 21 014 (37 879) ohne Entschädigung ausgefüllt werden. – Für die Familienzulagen an Bergbauern waren 5112 (3913) Erhebungsformulare, ebenfalls ohne Entschädigung, auszufüllen.

4. Kommission zur Überprüfung der Veranlagung. Die Finanzdirektion setzte im März eine ausserparlamentarische Kommission zur Überprüfung der Veranlagung ein. Die in drei Untergruppen aufgeteilte Kommission wohnte den Sitzungen zahlreicher Gemeindesteuerkommissionen und der Veranlagungsbehörden bei und liess sich über die Arbeit aller Abteilungen der Steuerverwaltung eingehend orientieren. Der Bericht der Kommission stand auf Jahresende noch aus.

B. Einkommen- und Vermögensteuer natürlicher Personen

Im Jahre 1953 fand die 5. Veranlagung unter neuem Recht statt. Die Zahl der eingeschätzten natürlichen Personen betrug 357 141 (1951: 330 704) für die Staatssteuer und 201 326 für die Wehrsteuer. Überdies waren noch 33 127 Fremdarbeiter gesondert zu veranlagen.

Von den 357 141 Steuererklärungen mussten 194 101 zugunsten oder zuungunsten der Pflichtigen abgeändert werden. – Einsprachen sind 23 383 oder rund 6,5% eingelangt.

Der Vergleich mit der Staatsrechnung 1952 und dem Voranschlag 1953 gibt folgendes Bild:

	Rechnung 1952	Budget 1953	Rechnung 1953	+ oder — gegenüber Rechnung 1952	+ oder — gegenüber Budget 1953
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.
Einkommen . . .	77 710 014.—	84 000 000.—	90 322 579.—	+12 612 565.—	+ 6 322 579.—
Vermögen	12 175 301.—	12 600 000.—	13 209 454.—	+ 1 034 153.—	+ 609 454.—
Total	89 885 316.—	96 600 000.—	103 532 033.—	+13 646 717.—	+ 6 932 033.—

Wenn man zu dieser Hauptsteuer der natürlichen Personen noch die übrigen direkten Steuern hinzurechnet (juristische Personen, Vermögensgewinnsteuer, Nach- und Strafsteuern sowie Eingang abgeschriebener Steuern), so ergibt sich für 1953 eine *gesamte Brutto-Steuereinnahme* von Fr. 134 621 074. – Gegenüber dem Voranschlag ergibt sich eine Mehreinnahme von Franken 12 921 074, gegenüber der Rechnung 1952 von Fr. 21 346 792.

Die *Kosten für Verwaltung, Veranlagung und Bezug* belaufen sich auf Fr. 6 721 278 und sind Fr. 61 238 höher als der Voranschlag. An Bezugsprovisionen wurden den Gemeinden (erstmals gestützt auf das Finanzausgleichsgesetz) Fr. 2 346 294 ausbezahlt, gegenüber Fr. 3 103 408 nach alter Ordnung.

C. Steuern der juristischen Personen

Von den 7572 (1951: 7416) steuerpflichtigen juristischen Personen sind 2381 (2240) Aktiengesellschaften und GmbH, 2121 (2073) Genossenschaften und 3070 (3103) übrige juristische Personen. Es bezahlten an Staatssteuern:

1 steuerpflichtige Person mehr als Fr. 1 000 000;
2 steuerpflichtige Personen zwischen Fr. 700 000 und Fr. 900 000;
10 steuerpflichtige Personen zwischen Fr. 300 000 und Fr. 400 000;
1 steuerpflichtige Person zwischen Fr. 200 000 und Fr. 300 000;
36 steuerpflichtige Personen zwischen Fr. 100 000 und Fr. 200 000.

Neugründungen erfolgten 198 (321), Liquidationen 157 (283) und Fusionen 8 (4). Interkantonale Steuerteilungen wurden 606 (578) vorgenommen. Bücheruntersuchungen wurden 852 (742) durchgeführt.

1. Erwerbsgesellschaften, Holding, Selbsthilfe- und Erwerbsgenossenschaften

Gewinn- und Ertragsteuer (Reinertrag)	Fr. 19 523 251.—
Kapital- und Vermögensteuer . . .	» 5 227 136.—
Holding	» 32 579.—
Zusammen	Fr. 24 782 966.—
Voranschlag	» 20 520 000.—
Mehrertrag	Fr. 4 262 966.—

2. Übrige juristische Personen

Einkommensteuer (Reinertrag) . .	Fr. 993 798.—
Vermögensteuer (Reinertrag) . . .	» 718 634.—
Zusammen	Fr. 1 712 432.—
Voranschlag	» 1 450 000.—
Mehrertrag	Fr. 262 432.—

Im Jahre 1953 sind 41 *Personalfürsorgestiftungen* neu gegründet worden, so dass sich die Zahl nun auf 1065 erhöht; ihr Gesamtvermögen hat die halbe Milliarde weit überschritten. – Insgesamt 322 Unternehmungen haben für Fr. 18 464 600 *Arbeitsbeschaffungsreserven* gebildet; davon sind 177 juristische und 145 natürliche Personen. – Für die Steuerverwaltung und zahlreiche Abteilungen anderer Direktionen wurden am Adressograph 354 002 (314 181) Adressen gedruckt.

D. Vermögensgewinnsteuer

Der *Reinertrag* der Vermögensgewinnsteuer belief sich auf Fr. 3 964 910 (Fr. 2 682 644), was gegenüber dem Voranschlag eine Mehreinnahme von Fr. 1 464 910 ausmacht und gegenüber dem Vorjahr von Fr. 1 282 266.

Die Zahl der Veranlagungen betrug 5292 (4392); in 1392 (1525) Fällen wurde kein Vermögensgewinn festgestellt. Einsprachen waren 456 (433) zu erledigen; 62 (80) wurden an die Rekurskommission weitergezogen und davon 10 (12) als Beschwerden an das Verwaltungsgericht. An Erlassgesuchen waren 226 (244) zu behandeln.

E. Nach- und Strafsteuern

Der *Reinertrag* beziffert sich auf Fr. 603 538 (Franken 568 201), was gegenüber dem Voranschlag eine Mehreinnahme von Fr. 3538 und gegenüber dem Vorjahr von Fr. 35 337 ausmacht.

Behandelt wurden 4153 (4010) Fälle in bezug auf die Staatssteuer, die Wehrsteuer der Perioden III bis VI und das Wehropfer II. Nach- und Strafsteuern mussten festgesetzt werden: Für die Staatssteuer in 704 (645) Fällen, für Wehropfer und Wehrsteuer 621 (736). Die übrigen Fälle konnten als richtig versteuert abgeschrieben werden.

Es wurden 39 (40) Gesuche um Herabsetzung eingereicht; ganz oder teilweise entsprochen wurde in 24 (25) Fällen, während 15 (15) abgewiesen wurden. An die Rekurskommission wurden 13 (11) kantonale und 8 (14) eidgenössische Fälle weitergezogen. Besondere Bussenverfahren (Anstiftung zur Steuerhinterziehung und Inventarvergehen) wurden 16 kantonale und 9 eidgenössische durchgeführt.

F. Erbschafts- und Schenkungssteuer

Der *Reinertrag* (abzüglich Gemeindeanteil) beläuft sich auf Fr. 4 538 803, was gegenüber dem Voranschlag eine Mehreinnahme von Fr. 538 803 und gegenüber dem Vorjahr einen Wenigerbetrag von Fr. 1 356 555 (enthaltend einen ausserordentlich grossen Fall) ausmacht. Die Rückerstattungen in 207 (Vorjahr 269) Fällen machen Fr. 65 757 (Fr. 109 707) aus. Eliminationen sind keine zu verzeichnen.

An *Gemeindeanteilen* wurden Fr. 1 134 280 (1 473 774) ausgerichtet. Die Verrechnung mit den Handänderungsabgaben macht in 1036 (1119) Fällen Fr. 373 369 (Fr. 372 383) aus.

Behandelt wurden 9381 (9618) Fälle. Die 3084 (3142) abgabepflichtigen Fälle ergaben einen Rohertrag von Fr. 6 046 142 (Fr. 7 662 500).

Erbschaftssteuerprozesse vor Verwaltungsgericht wurden in 22 (19) Fällen geführt. Gesuchsanträge wurden 289 (303) gestellt und Bussen mussten in 24 (17) Fällen ausgesprochen werden.

G. Eidgenössische Steuern

1. Eidgenössische Wehrsteuer

III. Periode (1945/46): Weil das zweite Wehropfer erhoben wurde, war für die III. Periode keine Vermögensteuer zu entrichten. Total Eingang bis 31. Dezember 1953 Fr. 51 955 312.95, davon Anteil des Kantons (30%) Fr. 15 586 593.89; Eingang im Jahre 1953 Fr. 9065.45; Ausstand auf Ende 1953 Fr. 35 820.70.

IV. Periode (1947/48): Für das Jahr 1947 wurde keine Vermögensteuer erhoben, da noch die III. Rate des zweiten Wehropfers zu entrichten war. Total Eingang bis 31. Dezember 1953 Fr. 79 109 186.56, davon Anteil des Kantons (30%) Fr. 23 732 755.98; Eingang im Jahre 1953 Fr. 102 825.93; Ausstand auf Ende 1953 Fr. 84 873.50.

V. Periode (1949/50): Total Eingang bis 31. Dezember 1953 Fr. 92 034 256.69, davon Anteil des Kantons (30%) Fr. 27 610 277.01; Eingang im Jahre 1953 Fr. 362 230.40; Ausstand auf Ende 1953 Fr. 348 788.04.

VI. Periode (1951/52): Total Eingang bis 31. Dezember 1953 Fr. 76 681 684.04, davon Anteil des Kantons (30%) Fr. 23 004 505.22; Eingang im Jahre 1953 Fr. 21 230 415.75; Ausstand auf Ende 1953 Franken 1 362 090.73.

VII. Periode (1953/54): Die Eröffnungen wurden den Steuerpflichtigen erst auf den 1. März 1954 zugestellt.

2. Sonderzuschlag zur Wehrsteuer 1949

Total Eingang bis 31. Dezember 1953 Franken 15 986 024.68, davon Anteil des Kantons (10%) Franken 1 598 602.50. Eingang im Jahre 1953 Fr. 48 594.05; Ausstand auf Ende 1953 Fr. 79 161.55.

3. Eidgenössisches Wehropfer

II. Wehropfer (1945/47): Total Eingang bis 31. Dezember 1953 Fr. 119 912 571.57, davon Anteil des Kantons (10%) Fr. 11 991 257.19; Eingang im Jahre 1953 Fr. 54 267.30; Ausstand auf Ende 1953 Fr. 42 074.15.

Die Wehrsteuerabteilung hat 6499 Meldungen von andern Kantonen und 12 896 von der eidgenössischen Steuerverwaltung verarbeitet; ihrerseits hat sie andern Kantonen 11 830 Meldungen erstattet. Ferner sind von juristischen Personen 7286 Meldungen über ausgerichtete Vergütungen eingegangen. Steuerteilungsvorschläge sind von andern Kantonen 331 eingegangen und 56 an andere Kantone ausgegangen.

H. Eidgenössische Verrechnungssteuer

1. Verrechnungssteuer

a) Ordentliches Verrechnungsverfahren: Im Berichtsjahr wurden 132 342 (73 058) Gutschriften mit einem gesamten Verrechnungssteuerbetrag von Franken 23 449 950.05 (Fr. 12 487 275.35) erteilt. Davon wurden Fr. 23 264 683.65 (Fr. 12. 349 403.75) mit Gemeinde- und Staatssteuern verrechnet und Fr. 185 266.40 den Berechtigten direkt zurückerstattet. Einspracheentscheide und Abänderungsverfügungen wurden 3058 (1859) ausgefertigt.

b) Vorzeitiges Rückerstattungsverfahren: Die vorzeitig behandelten Anträge auf Rückerstattung der im Jahre 1953 an der Quelle abgezogenen Verrechnungssteuer setzen sich wie folgt zusammen:

Art der Anträge	Anzahl	Verrechnungssteuerbeträge
Erbschaften . . .	650	Fr. 101 392.05
Lotteriegewinne .	1535	» 220 865.10
Übrige	31	» 6 157.05
Total	2216 (2092)	Fr. 328 414.20

c) Beschleunigtes Rückerstattungsverfahren: Für in den Jahren 1946 bis 1952 abgezogene Verrechnungssteuer wurden insgesamt 2151 Anträge beschleunigt behandelt, nämlich:

Art der Anträge	Anzahl	Verrechnungssteuerbeträge
Erbschaften . . .	1172	Fr. 610 820.25
Lotteriegewinne .	849	» 258 907.30
Übrige	130	» 254 840.65
Total	2151 (1389)	Fr. 1 124 568.20

2. Rückerstattung von Quellensteuern auf ausländischen Kapitalerträgen

Im Zusammenhang mit der Ausführung der zwischen der Schweiz und verschiedenen ausländischen Staaten abgeschlossenen Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) hat sich das kantonale Verrechnungssteueramt auch mit der Kontrolle von Rückerstattungsanträgen für Quellensteuern auf ausländischen Kapitalerträgen zu befassen.

DBA mit den USA (Rückerstattung des zusätzlichen Steuerrückbehalts USA)

a) im ordentlichen Verfahren:
= 1240 (338) Anträge mit Fr. 527 390.86

b) im vorzeitigen Verfahren:
= 27 (19) Anträge mit Fr. 11 411.25

Total = 1267 Anträge mit Fr. 538 802.11

DBA mit Schweden

Abgabe von Wohnsitz- und Besteuerungsbescheinigungen für 110 (118) Anträge.

DBA mit Holland

Abgabe von Wohnsitz- und Besteuerungsbescheinigungen für 291 (326) Anträge.

3. Wertschriftenbewertung

Es sind insgesamt 2414 (638) Bewertungen von nicht kotierten Aktien und Anteilen bernischer Aktiengesellschaften, GmbH und Genossenschaften vorgenommen worden. Zu 8 (256) Einsprachen mussten Bewertungsvernehmlassungen ausgearbeitet werden.

J. Gemeindesteuerwesen

Teilungspläne: Die Abteilung für das Gemeindesteuerwesen hatte 2539 (1930) Gemeindesteuerteilungen vorzunehmen. Einsprachen sind 14 (30) eingelangt, die sämtliche erledigt wurden. Das Verwaltungsgericht hatte sich mit 2 (0) Fällen zu befassen, wovon einer noch die Veranlagungsperiode 1947/48 betraf (BKW).

Finanzausgleich: Das Gesetz über den Finanzausgleich im Kanton Bern wurde am 15. Februar 1953 angenommen und trat rückwirkend auf 1. Januar in Kraft. Das Ausführungsdekret wurde vorbereitet, jedoch erst 1954 vom Grossen Rat behandelt. Der Hauptfinanzausgleichsfonds weist auf Jahresende einen Bestand von Fr. 9 630 202.85 auf und der Sonderfonds von Franken 967 713.35. An Bankensteuern gingen Fr. 2 800 000 ein, und die dem Fonds gutgeschriebenen Differenzbeträge nach Art. 1, Ziff. 3, des Finanzausgleichsgesetzes beliefen sich auf Fr. 700 000. Ordentliche Beiträge (inkl. auf 31. Dezember 1953 geschuldete Beiträge) erhielten 250 (116) Gemeinden mit insgesamt Franken 2 539 820 (Fr. 1 374 922); ausserordentliche Beiträge 38 (35) Gemeinden mit Fr. 132 500 (Fr. 139 900).

K. Stempelabgabe

1. Kantonale Stempelsteuer

	Voranschlag 1953	Roherträge 1953	Roherträge 1952
Stempelmarken	Fr. 1 470 000.—	Fr. 1 542 474.80	Fr. 1 521 653.70
Stempelpapier	» 170 000.—	» 154 202.95	» 168 572.95
Spielkartenstempel	» 70 000.—	» 74 217.—	» 77 074.—
Total Rohertrag	Fr. 1 710 000.—	Fr. 1 770 894.75	Fr. 1 767 300.65
Hievon gehen ab:			
Papier- und Druckkosten, Provisionen der Stempelbezüger und Verwaltungskosten	» 163 074.—	» 161 116.20	» 163 841.10
Reinertrag	Fr. 1 546 926.—	Fr. 1 609 778.55	Fr. 1 603 459.55

Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag . . . . . Fr. 62 852.55

Mehrertrag gegenüber dem Vorjahr . . . . . Fr. 6 319.—

2. Kantonale Billettsteuer

	Voranschlag 1953	Rechnung 1953	Rechnung 1952
Rohertrag	Fr. 635 000	Fr. 769 665.90	Fr. 662 151.30
Wovon abgehen:			
Beiträge zur Förderung von Kunst und Wissenschaft (siehe Konto 2000 941. 4 der Erziehungsdirektion)	» 633 200	» 664 546.50	» 570 071.80
Reinertrag	Fr. 1 800	Fr. 105 119.40	Fr. 92 079.50
Mehrertrag gegenüber dem Voranschlag			Fr. 103 319.40
Mehrertrag gegenüber dem Vorjahr			Fr. 13 039.90

VII. Statistisches Bureau

1. Schätzung des Bevölkerungsstandes. Auf Grund der Zählung der schulpflichtigen Kinder einerseits und der Zahl der Stimmberechtigten andererseits errechneten wir wiederum jährlich den mutmasslichen Bevölkerungsstand des Kantons. Danach betrug die Gesamtbevölkerung

Jahresende	
1926	676 400
1930 Zählung	688 774
1935	724 200
1940	726 700
1941 Zählung	728 916
1945	756 800
1946	761 400
1947	786 000
1948	793 300
1949	800 400
1950 Zählung	801 943
1951	808 100
1952	820 700
1953 provisorisch	827 700

Die Zahl der Schulpflichtigen steigt ununterbrochen an. Es entspricht dies den vorhergegangenen, geburtenstarken Jahren, die sich bis heute fortsetzen.

2. Natürliche Bevölkerungsbewegung. Die Ergebnisse der Statistik über die natürliche Bevölkerungsbewegung und die Wanderungssaldi zeigen im Kanton Bern seit dem Jahre 1927 folgende Entwicklung:

Jahr	Lebendgeborene	Sterbefälle	Geburtenüberschuss	Wanderungssaldo
1927–1930	49 042	31 551	17 491	— 5 117
1931–1935	57 361	39 129	18 232	+ 17 194
1936–1940	54 612	39 836	14 776	— 12 276
1941–1945	72 614	40 605	32 009	— 1 909
1946–1950	79 327	41 166	38 161	+ 6 982
1951 . .	14 655	8 123	6 532	— 375
1952 . .	14 829	7 969	6 860	+ 5 740
1953 prov.	14 830	8 227	6 603	+ 397

Die Zahl der Lebendgeborenen ist nach einer kleinen Abschwächung immer noch bedeutend, jene der Sterbefälle verändert sich – zum Teil aus der Stärke der Grippewellen erklärlich – in gewohntem Masse, so dass sich der Geburtenüberschuss gut gehalten hat. Er hält allerdings nicht ganz die Höhe von 1946–1950 aufrecht.

3. Erhebung über den Beschäftigungsgrad der Industrie und des Baugewerbes im Kanton Bern. An der Berichterstattung im Baugewerbe wirken rund 110, in der Industrie rund 380 Firmen, die gegen 50% des dem Fabrikgesetz unterstellten Personals beschäftigen, mit. Da die Verteilung der Berichterstatter alle Zweige und Landesgegenden berücksichtigt, dürfte sich ein zuverlässiges Bild des Beschäftigungsgrades ergeben.

Die Zahl der Beschäftigten der einzelnen Branchen wird für die Berechnung eines Durchschnittes nach Massgabe ihrer Bedeutung für die bernische Volkswirtschaft berücksichtigt, und der Jahresdurchschnitt 1944 wird gleich 100 gesetzt. Danach betrug der Beschäftigungsgrad je auf Quartalsende:

Gewerbezweige	Gewichtung	1953 Quartale I	II	III	IV	1952 IV. Quartal
Textilindustrie	6	133	138	142	144	130
Kleidung, Ausrüstung, Schuhe	9	119	118	121	120	113
Nahrungsmittel, Genussmittel	12	102	101	113	111	113
Chemische Industrie	2	121	124	123	123	117
Papier, Leder, Kautschuk	3	118	121	122	122	123
Graphisches Gewerbe	5	139	143	144	141	140
Holzbearbeitung	9	120	119	117	116	120
Maschinen, Apparate, Metalle	21	148	149	146	145	151
Uhren, Bijouterie	15	132	133	134	132	132
Steine und Erden	3	105	105	105	104	105
Alle Industrien, gewogen	85	127,8	128,7	130,3	129,1	129,4
Baugewerbe	15	129	151	145	114	110
Gewogener Gesamtindex	100	128,0	132,0	132,5	126,8	126,5

Der *Gesamtindex* für Industrie und Baugewerbe zusammen hat sich im 4. Quartal 1953 mit 126,8 Punkten gegenüber dem Vorquartal um 5,7 Punkte gesenkt. Er ist gegenüber dem vierten Quartal 1952 praktisch gleich geblieben. Wird der Jahresdurchschnitt 1944 gleich 100 gesetzt, so ergibt sich je am Ende des vierten Quartals

1944	=	104,4
1945	=	113,1
1946	=	128,0
1947	=	130,2
1948	=	127,7
1949	=	116,1
1950	=	121,7
1951	=	130,1
1952	=	126,5
1953	=	126,8

Der Beschäftigungsgrad war demnach immer noch als sehr gut zu bezeichnen.

4. Aufwand der Gemeinden für den Unterhalt und Bau von Strassen und Brücken. Die in Verbindung mit der Erhebung über die Gemeindesteuern seit 1928 ununterbrochen durchgeführte Untersuchung über die Höhe des Aufwandes der Gemeinden für den Unterhalt und Bau von Strassen und Brücken haben wir weitergeführt. Der zu Lasten der Gemeinden fallende Aufwand betrug:

	1950 Fr.	1951 Fr.	1952 (prov.) Fr.
Barleistungen	22 104 763	22 968 647	25 037 197
Naturalleistungen (unbezahltes Gemeindewerk)	501 338	524 257	517 684
Total Bruttoaufwand	22 606 101	23 492 904	25 554 881

Dieser Aufwand wurde gedeckt durch:

	1950 Fr.	1951 Fr.	1952 (prov.) Fr.
Beiträge von Bund und Kanton	955 983	1 096 666	1 334 558
Beiträge von andern Gemeinwesen	68 517	88 979	82 619
Übertrag	1 024 500	1 185 645	1 417 177
Beiträge von Privaten	816 779	1 595 424	1 329 900
Nettoaufwand der Gemeinden und ihrer Unterabteilungen	20 764 822	20 711 835	22 807 804
Total wie oben	22 606 101	23 492 904	25 554 881

Der zu Lasten der Gemeinden fallende jährliche Aufwand nahm im Laufe der Erhebungsjahre folgende Entwicklung:

Jahr	Absolut	Je Kopf der geschätzten Wohnbevölkerung
1928/1932	Fr. 10 035 440	= Fr. 14.51
1933/1937	» 8 293 673	= » 11.48
1938/1942	» 6 649 219	= » 9.11
1943	» 6 867 493	= » 9.24
1944	» 7 144 775	= » 9.53
1945	» 8 282 260	= » 10.94
1946	» 13 745 158	= » 18.05
1947	» 16 712 207	= » 21.26
1948	» 18 531 637	= » 23.36
1949	» 20 326 044	= » 25.39
1950	» 20 764 822	= » 25.89
1951	» 20 711 835	= » 25.63
1952 (prov.)	» 22 807 804	= » 27.79

Seit 1945 ist der Aufwand der Gemeinden für den Strassen- und Brückenbau ausserordentlich stark gewachsen. Er erreichte im Jahre 1950 den 2½fachen Betrag des Jahres 1945 und war schon 1949 doppelt so gross als in der Periode 1928–1932. 1952 sind die Ausgaben noch gestiegen.

Nach Ämtern geordnet, betrug der Aufwand der Gemeinden für ihre Strassen (exklusive Strassen der Allmend- und Flurgenossenschaften und Privatwege) für die Jahre 1950, 1951 und 1952:

	1950 Fr.	1951 Fr.	1952 (prov.) Fr.
Aarberg	392 194	473 581	568 191
Aarwangen	591 596	804 182	485 650
Bern	6 718 827	6 359 551	6 927 532
Biel	2 284 718	2 383 824	2 284 282
Büren	506 982	342 818	402 395
Burgdorf	619 930	650 794	730 058
Courtelary	1 044 412	837 492	766 173
Delémont	420 273	442 068	456 952
Erlach	81 557	102 584	224 587
Franches-Montagnes	166 983	103 117	131 854
Fraubrunnen	223 725	241 764	642 578
Frutigen	226 841	227 659	243 276
Interlaken	586 214	576 219	688 947
Konolfingen	450 069	570 709	517 960
Laufen	159 070	285 777	295 126
Laupen	168 302	224 976	217 480
Moutier	1 415 754	1 184 960	1 638 637
La Neuveville	83 144	81 257	99 879
Nidau	303 826	406 941	411 819
Oberhasli	192 265	213 844	243 270
Porrentruy	407 950	433 385	640 216
Saanen	102 067	70 651	87 451
Schwarzenburg	125 818	161 942	274 791
Seftigen	380 873	321 338	317 289
Signau	365 588	323 183	395 652
Nieder-Simmental	261 914	236 120	212 703
Ober-Simmental	55 050	72 716	113 333
Thun	1 780 801	1 933 972	2 050 528
Trachselwald	333 038	275 596	340 108
Wangen	315 041	368 815	399 087
Total	20 764 822	20 711 835	22 807 804

Für die Berechnung des Gesamtaufwandes für den Unterhalt von Strassen und Brücken im Kanton Bern ist zu oben verzeichneten Beträgen noch der Aufwand des Bundes und des Kantons hinzuzuzählen.

5. Die Erhebung über die Wohnungsproduktion wurde weitergeführt. Ihr Stichtag ist der 25. März. Nach unsern Erhebungen verkleinerte sich die Produktion 1953 bei den fertiggestellten wie bei den im Bau befindlichen Wohnungen nicht:

Jahr	Neuerstellte Wohnungen	Je auf Ende März im Bau befindliche Wohnungen	leerstehende Total	Wohnungen davon bereits vermietet
1945	2638	1310	326	105
1946	3344	.	.	.
1947	4042	3225	236	96
1948	4711	3546	275	123
1949	3792	2164	338	114
1950	4719	2943	554	207
1951	4749	2994	1035	371
1952	3988	2317	892	274
1953	3981 [1]	2198	583	171
Jan./März 1954	878 [1]	3163 [1]	788 [1]	266 [1]

[1]) Provisorisches Ergebnis.
Bei Abschluss des Berichtes fehlten noch die Rapporte von 4 Gemeinden. Für diese wurden die im Vorjahr (Ende März 1953) gemeldeten Zahlen eingerechnet, nämlich:

1952 erstellte Wohnungen	2
Januar bis März 1953 erstellte Wohnungen	—
Im März 1953 im Bau befindliche Wohnungen	3
Im März 1953 leerstehende Wohnungen	2
Davon bereits vermietet	—

Zur Beurteilung des Wohnungsbedarfes geben wir nachstehend eine Aufstellung über die Veränderung im Bestand der Ehen. Im allgemeinen bedarf es auf 100 bestehende Ehen 125 Wohnungen. Der Verlauf des Wohnungsbedarfes und der Wohnungsproduktion zeigt seit 1945 folgende Entwicklung:

Jahr	Vermehrung der Ehen	Zunahme des Wohnungsbedarfes	Festgestellte Wohnungsproduktion	Überdeckung der Bedarfsvermehrung
1945	2 560	3 200	2 638	— 562
1946	3 040	3 800	3 344	— 456
1947	3 060	3 825	4 042	217
1948	2 880	3 600	4 711	1111
1949	2 550	3 190	3 792	602
1950	2 640	3 300	4 719	1419
1951	2 470	3 100	4 749	1649
1952	2 560	3 200	3 988	788
1953 (prov.)	2 600	3 250	3 981	731
	24 360	30 465	35 964	5499

6. Weinernteerhebung 1953. Diese jährlich vorgenommene Erhebung in den weinbauenden Gemeinden wird entsprechend den Bedürfnissen des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartementes durchgeführt. Die Zahl der Rebenbesitzer betrug 1242, und das Rebareal umfasste 276,29 ha. Der Geldwert der Weinernte war höher als im Vorjahr und wurde auf Fr. 2 090 865 geschätzt, wozu noch der mit Fr. 10 470 gemeldete Erlös für Tafeltrauben kommt.

7. Viehzählungen. Am 21. April 1953 fand eine eidgenössische repräsentative Viehzählung statt. Sie genügt zur Beurteilung der Produktionsbewegung und ergab für den Kanton Bern folgende Bestände, die wir mit dem Vorjahr und den Ergebnissen der Vollzählung von 1951 vergleichen:

	1951 Stück	1952 Stück	1953 Stück
Pferde	43 155	43 225	42 500
Rindvieh	343 527	358 830	352 255
davon Kühe	179 144	184 105	180 090
Schweine	179 671	204 250	196 880
Hühner	1 280 830	1 313 010	.

Am 20. November 1953 wurde in den repräsentativen Gemeinden die Zählung der Schweine wiederholt.

8. Wirtschaftsergebnisse der Landwirtschaftsbetriebe der staatlichen Anstalten des Kantons Bern. Die 1929 begonnene Untersuchung über die Veränderung der Lage in der Landwirtschaft anhand der Wirtschaftsergebnisse der Landwirtschaft der bernischen Staatsbetriebe wurde weitergeführt.

a) Umfang der Untersuchung

Jahr	Zahl der Betriebe	Kulturfläche in ha Total	davon Wald
1929/30	19	2424	84
1931/35	19	2472	88
1936/40	19	2520	96
1941/45	19	2577	134
1946/49	20	2645	150
1950	20	2724	147
1951	20	2732	147
1952	20	2681	136
1953	21	2705	131

Auf das Jahr 1953 kam der Betrieb der Alpschule Hondrich neu hinzu, so dass nunmehr 21 Betriebe in die Beobachtung der Veränderung der Betriebsergebnisse einbezogen werden können. Für die Ermittlung der Kulturfläche sind die Magerweiden und Streueflächen mit einer Reduktion entsprechend der verminderten Tragfähigkeit in die Kulturflächensumme einbezogen worden. Der Rückgang im Areal pro 1952 ist dem Umstand zuzuschreiben, dass 2 Betriebe auf die Weiterbenützung von Pachtland verzichtet hatten.

b) Inventarwerte des Pächterkapitals

Während den Kriegsjahren wurde die Inventarisierung der Tierbestände, der Vorräte und des übrigen toten Inventars mit einer gewissen Zurückhaltung bewertet. Auf das Jahr 1951 wurde eine Nachwertung vorgenommen. Um den störenden Einfluss der Änderung in der Inventarwertung aufzuheben, fassen wir die Ergebnisse der Periode 1941/51 in eine Einzelgruppe zusammen.

Der Inventarwert des Pächterkapitals aller Staatsbetriebe betrug je per 31. Dezember:

Jahr	absolut Fr.	je ha mit Wald Fr.
1941	3 154 806	1244
1951	4 838 510	1771
1952	4 946 597	1845
1953	4 995 992	1847

Die Vermehrung des Inventarwertes des Pächterkapitals vom Jahre 1941 bis zum Dezember 1951 betrug per ha mit Wald gerechnet 42 %. In den Kontrollbetrieben des Schweizerischen Bauernsekretariates betrug die Erhöhung des Inventarwertes des Pächterkapitals 48 %.

Es handelt sich im wesentlichen um eine blosse Aufwertung. Diese ist bei den Viehstücken besonders augenfällig.

c) Erträge, Aufwand und «Überschuss». Die Staatsbetriebe lieferten folgende Ergebnisse je Jahr:

Jahr	Erträge Fr.	Aufwand Fr.	„Überschuss" Fr.
	aa) absolut:		
1929/30	2 849 703	1 995 447	854 256
1931/35	2 338 911	1 945 259	393 652
1936/40	2 639 123	1 966 090	673 033
1941/51	4 798 310	3 180 693	1 617 617
1952	5 529 335	4 686 107	843 228
1953	5 583 487	4 906 425	677 062
	bb) je Hektar Kulturfläche:		
1929/30	1176	823	353
1931/35	946	787	159
1936/40	1047	780	267
1941/51	1822	1203	619
1952	2063	1748	315
1953	2064	1814	250

Die Bruttoerträge ergaben gegenüber dem Durchschnitt 1941/51 eine Verbesserung um rund 13 %. Die Entwicklung des Aufwandbetrages wird durch den Umstand gestört, dass in der Periode 1941/51 die Teuerungszulagen nur zum Teil über die Betriebsrechnungen verbucht worden sind. Erst für die Jahre 1951 ff. erfolgte die volle Einrechnung der Teuerungszulagen in die Betriebskosten. Der «Überschuss» ist bescheiden geworden. Er ist mit Fr. 250 per Hektar kleiner als in der Periode 1929/30, in der er Fr. 353 per Hektar ausmachte. Trotz der höheren Investition im Pächterkapital ist er noch bescheidener als in der Fünfjahresperiode vor dem zweiten Weltkrieg.

Von den einzelnen Rohertragskonten ergaben der Rindviehzuwachs und die Milchproduktion verbesserte Erträge, während jene der Schweinehaltung trotz Erweiterung des Bestandes unverändert blieben. Auch der übrige Tierbestand (Pferde, Geflügel, Ziegen, Schafe usw.) vermochte den Ertragsstand des Vorjahres wie die Durchschnittserträge 1941/51 nicht zu halten. Das Ergebnis der für die Selbstversorgung und den Markt bestimmten Pflanzenproduktion hat einen fühlbaren Ausfall zu verzeichnen.

Der Aufwand für Pachtzinse und Steuern ist gegenüber dem letzten Jahr praktisch gleich geblieben. Für Gebäudeunterhalt, Düngemittel, Sämereien und Futtermittel mussten steigende Beträge aufgewendet werden; nur für Maschinen und Geräte konnten bescheidene Einsparungen getroffen werden.

Die einzelnen Betriebszweige lieferten folgende Endroherträge:

Jahr	Rindviehhaltung Tiere Fr.	Rindviehhaltung Milch Fr.	Schweinehaltung Fr.	Übriger Tierbestand (Pferde, Geflügel usw.) Fr.	Landwirtschaftliche Produkte Fr.	Verschiedenes Fr.
			aa) absolut:			
1929/30	372 051	627 924	500 349	49 226	1 141 242	158 911
1931/35	194 971	593 960	314 893	50 579	1 015 346	169 162
1936/40	327 217	563 999	339 814	78 411	1 172 142	157 540
1941/51	651 136	807 326	635 246	200 669	2 399 017	104 916
1952	645 463	1 167 048	808 589	201 396	2 463 227	243 612
1953	755 817	1 216 195	811 610	197 094	2 298 170	304 601
			bb) je Hektar Kulturfläche:			
1929/30	154	259	206	20	471	66
1931/35	79	240	127	21	411	68
1936/40	130	224	135	31	465	62
1941/51	246	306	240	77	914	39
1952	241	435	302	75	919	91
1953	279	450	300	73	849	113

Für die einzelnen Aufwandsgruppen wurden folgende Beträge je Jahr aufgewendet:

Jahr	Pachtzinse und Steuern Fr.	Gebäude-unterhalt Fr.	Maschinen und Geräte Fr.	Düngemittel Fr.	Sämereien Fr.	Futtermittel Fr.	Verschiedene Ausgaben Fr.
			aa) absolut:				
1929/30	354 485	34 035	194 747	121 476	72 017	351 048	249 012
1931/35	360 280	23 812	166 084	91 879	68 395	329 219	245 457
1936/40	365 514	17 645	141 942	95 187	100 919	365 403	243 390
1941/51	382 541	83 451	335 264	193 620	202 175	475 044	323 966
1952	337 677	182 102	354 947	204 023	168 148	724 786	621 049
1953	344 174	210 225	340 943	234 928	209 323	772 551	632 952
			bb) je Hektar Kulturfläche:				
1929/30	146	14	81	50	30	144	103
1931/35	146	10	67	37	28	133	99
1936/40	145	7	56	38	40	145	97
1941/51	145	31	128	74	77	179	122
1952	126	68	132	76	63	270	232
1953	127	78	126	87	77	286	234

c) Das volkswirtschaftliche Einkommen und seine Zusammensetzung. In den untersuchten Betrieben verteilt sich das volkswirtschaftliche Einkommen auf:

Jahr	die Besoldungen und Arbeitslöhne Fr.	den Ertrag für das gesamte festgelegte Kapital, für Steuern und für unbezahlte Arbeit Fr.	Total volkswirtschaftliches Einkommen Fr.
	aa) absolut:		
1929/30	618 627	1 208 741	1 827 368
1931/35	660 133	753 932	1 414 065
1936/40	636 090	1 038 547	1 674 637
1941/51	1 184 632	2 000 158	3 184 790
1952	2 093 375	1 180 905	3 274 280
1953	2 161 329	1 021 236	3 182 565
	bb) je Hektar Kulturfläche:		
1929/30	255	499	754
1931/35	267	305	572
1936/40	252	412	664
1941/51	447	764	1211
1952	781	441	1222
1953	799	377	1176

Das volkswirtschaftliche Einkommen ergab gegenüber dem Vorjahr einen Ausfall von Fr. 46 pro Hektar. Während 1929/30 rund $^2/_3$ des volkswirtschaftlichen Einkommens dem Staate zufiel und nur $^1/_3$ für Besoldungen und Arbeitslöhne aufgewendet werden musste, lag das Verhältnis im Jahre 1953 gerade umgekehrt. $^2/_3$ werden von der bezahlten Arbeit absorbiert und nur $^1/_3$ entfällt auf den Ertrag der unbezahlten Arbeit auf den Gesamtbetrag des in den Liegenschaften und im Inventar festgelegten Kapitals und auf Objektsteuern. Trotz dem gesunkenen Geldwerte ist dieser dem Staate zufliessende Ertrag, das sogenannte landwirtschaftliche Einkommen des Staates, gegenüber 1929/30 stark gesunken. Der ungünstige Verlauf dieser Einkommensgruppe wird besonders augenscheinlich, wenn wir ihn mit dem Lebenskostenindex auf Realwert umrechnen.

Dieser Ertrag betrug je Hektar Kulturfläche:

Jahr	nominell Fr.	Lebenskostenindex	Realwert, gemessen mit dem Lebenskostenindex Fr.	
1929/30	499	100	499	100
1931/35	305	85	358	71,7
1936/40	412	87	473	94,8
1941/51	764	131	583	116,8
1952	441	148	298	59,7
1953	377	147	256	51,3

Gruppiert nach der Art der Anstalten ergeben sich folgende Netto-Rohertragsziffern je Hektar Kulturfläche:

In den Gutsbetrieben der	1945 Fr.	1950 Fr.	1952 Fr.	1953 Fr.
landw. Schulen	1246	1294	1411	1213
Strafanstalten	1320	995	931	1072
Heil- und Pflegeanstalten	1274	1288	1512	1481
Erziehungsheime	1315	1018	1337	1240
Durchschnitt sämtl. Betriebe	1302	1086	1222	1176

Obschon die Durchschnittszahlen sich schon bei einer beschränkten Anzahl Betriebe ausgleichen, zeigen die Einzelergebnisse eine grosse Streubreite. Dieser Umstand ist bei den Folgerungen vom Durchschnitt auf den Einzelbetrieb zu beachten. Es wiesen die Staatsbetriebe folgende Einzelergebnisse auf:

Volkswirtschaftliches Einkommen per ha Fr.	Zahl der Betriebe 1945	1949	1950	1952	1953
Bis 600	—	1	3	1	3
601— 900	6	5	5	5	2
901—1200	4	4	2	1	5
1201—1500	3	4	4	7	4
1501—1800	5	6	5	4	3
Über 1800	1	—	1	2	4
Total	19	20	20	20	21

9. Statistik der Steueranlagen. Wiederum wurde die jährliche Übersicht über die von den Gemeinden pro 1953 beschlossenen Steueranlagen ausgearbeitet. Das Ergebnis stellten wir bereits am 26. Oktober 1953 in einem vervielfältigten Heft den Gemeinden zu.

10. Statistik der Steuerkraft und Tragfähigkeit. In Fortsetzung früherer Arbeiten bereinigten wir die Steuerkraft der Gemeinden nach dem Ertragsfaktor für 1951. Die diesem Jahr entsprechende Gesamtsteueranlage drückt die Belastung einschliesslich der Steuern der Unterabteilungen, Kirchgemeinden und der ausserordentlichen Gemeindesteuern aus. Dem Vergleich der zwei genannten Faktoren entnehmen wir die Tragfähigkeit. Unterm 12. November 1953 konnten wir die genannten Angaben des Steuerjahres 1951 den interessierten Verwaltungsstellen überreichen. Im gewogenen Mittel ergaben sich folgende Resultate:

Jahr	Steuerkraft absolut Fr.	Steuerkraft je Einwohner Fr. [1]	Steuerkraft je Einwohner Fr. [2]
1945	37 557 195	51.52	49.63
1946	37 694 410	51.71	49.51
1947	46 008 664	63.12	58.54
1948	46 711 796	64.08	58.88
1949	54 484 424	74.75	68.07
1950	53 684 755	66.94	66.94
1951	55 022 481	68.61	68.09

[1]) Gemäss Einwohnerzahl der letzten Volkszählung.
[2]) Gemäss geschätzter Wohnbevölkerung.

Jahr	Steueranlage	Tragfähigkeitsfaktor je Einwohner Fr. [1]	Tragfähigkeitsfaktor je Einwohner Fr. [2]
1945	2,41	21.38	20.59
1946	2,39	21.64	20.72
1947	2,42	26.08	24.19
1948	2,40	26.70	24.53
1949	2,37	31.54	28.72
1950	2,40	27.89	27.89
1951	2,41	28.47	28.25

11. Übrige Publikationen. Als Nr. 32 der Mitteilungen des Statistischen Bureaus des Kantons Bern veröffentlichten wir die «Ergebnisse der amtlichen Bewertung der Grundstücke und Wasserkräfte im Kanton Bern auf 1. Januar 1949». Die Zusammenstellung enthält für jede Gemeinde eine Aufgliederung der amtlichen Werte nach der Art der Liegenschaften, sowie die Flächen der eingeschätzten Grundstücke und die Zahl der PS der Wasserkräfte.

Anlässlich der Volkszählung vom 1. Dezember 1950 wurde in 29 grösseren Gemeinden eine *Wohnungszählung* durchgeführt. Der Regierungsrat beschloss, die Wohnungszählung in denjenigen 12 weiteren Gemeinden des Kantons Bern anzuordnen, die um Verschiebung des Umzugstermins eingekommen waren. Damit die Aufarbeitung nach einheitlichen Grundsätzen erfolgte, haben wir die Materialien dem Eidgenössischen Statistischen Amte gegen entsprechende Arbeitsvergütung zur Auszählung übergeben. Die Einzelergebnisse der Bearbeitung dieser 12 Gemeinden veröffentlichten wir in zwei vervielfältigten Sonderheften.

[1]) Gemäss Einwohnerzahl der letzten Volkszählung.
[2]) Gemäss geschätzter Wohnbevölkerung.

VIII. Salzhandlung

Verkaufte Salzmengen

	1952 kg	1953 kg	Mehr- bzw. Minderverkauf gegenüber Vorjahr kg
1. Kochsalz			
Unjodiert offen	2 051 700	2 077 800	+ 26 100
Jodiert offen	6 121 750	5 995 450	— 126 300 [1])
Unjodiert in Kilogrammpaketen	26 625	26 200	— 425
Jodiert in Kilogrammpaketen	641 475	761 625	+ 120 150 [1])
Total	8 841 550	8 861 075	+ 19 525
2. Andere Salzarten			
Tafelsalz in Pfundpaketen	146 800	22 760	— 124 040 [2])
Gresil-Tafelsalz in Pfundpaketen	56 480	146 890	+ 90 410 [2])
Meersalz	83 700	85 950	+ 2 250
Gewerbesalz	2 637 150	2 583 700	— 53 450 [3])
Nitritpökelsalz	158 650	183 250	+ 24 600
Salzsohle, ungereinigt	—	186 401	+ 186 401 [3])
Übrige Spezialsalze	77 406	66 705	— 10 701
Total	3 160 186	3 275 656	+ 115 470

[1]) Dem Minderverkauf an offenem jodierten Kochsalz steht der Mehrverkauf an Paketsalz gegenüber.
[2]) An Stelle des Tafelsalzes in Pfundpaketen ist das im Preis gesunkene Gresil-Tafelsalz getreten. Das bisherige Tafelsalz wird nicht mehr geführt.
[3]) Der Verbrauch an Gewerbesalz (Industriesalz) schwankt und ist zum Teil von der Witterung abhängig. An Stelle von Gewerbesalz wird nun auch Salzsohle bezogen.

Ertrag

	1952 Fr.	1953 Fr.	Veränderung gegenüber Vorjahr Fr.
Bruttoertrag	2 989 405	3 024 582	+ 35 177
Unkosten	1 783 678	1 804 805	+ 21 127
Reinertrag	1 205 727	1 219 777	+ 14 050

IX. Domänenverwaltung

Der Liegenschaftsverkehr war im Berichtsjahr ein ziemlich reger; es wurden 6 grössere Ankäufe und ein Wiederverkauf getätigt. In drei Fällen handelte es sich um vorsorglichen Landerwerb zur Arrondierung von Anstaltsdomänen, während der Ankauf der Schlossbesitzung Rubigen zur Vermeidung einer Expropriation erfolgte. Diese Liegenschaft konnte nach kurzer Zeit unter günstigen Bedingungen wieder abgestossen werden. Der Staat gelangte auf diese Weise vorteilhaft in den Besitz des zur Korrektion der Bern–Thunstrasse benötigten Terrains.

Eine vorsorgliche Massnahme bedeutet auch der Ankauf der Gléresse-Besitzung in Neuenstadt, wo der Staat nun neben einer Baulandreserve für ein neues Bezirksverwaltungsgebäude einen eigenen Rebberg von 18 Mannwerk (ca. 8000 m²) in guter Lage besitzt. Die Bewirtschaftung erfolgt durch die Cave Coopérative. Der Ertrag belief sich auf 50 Zuber, was einer Mittelernte entspricht.

Eine wichtige Terrainbereinigung fand in Langnau statt, wo für den geplanten Amthausneubau der Hirschengarten erworben und einschränkende Servitute abgelöst werden mussten.

Durch verschiedene Landabtausche konnten z. T. Bauwünsche von Gemeinden (in Münsingen Schulhausbau) und in Täuffelen eine Güterzusammenlegung verwirklicht werden.

Die Bestrebungen nach einer bessern Placierung von Verwaltungsabteilungen wurden im Berichtsjahr fortgesetzt. So konnten durch Miete von Lokalitäten in dem der Kantonalbank gehörenden Gebäude an der Bundesgasse das Verwaltungsgericht, das kantonale Statistische Büro und die Amtsschaffnerei Bern zweckmässiger untergebracht werden. Durch die Verlegung des Grundbuchamtes Bern in das umgebaute Bankgebäude der Hypothekarkasse ergab sich eine willkommene Entlastung im Amthaus, wo nun den Richterämtern der längst dringend benötigte Raum zur Verfügung gestellt werden konnte. Zufolge einer Kündigung musste auch das Amt für Zivilstandsdienst nach der Schwanengasse verlegt werden.

Auch in andern Amtsbezirken mussten z. T. wegen Ämtertrennung oder Vermehrung der Richter neue Büros beschafft werden, so in Moutier, wo das Betreibungsamt verlegt werden musste. In Interlaken musste für das zweite Richteramt der notwendige Raum beschafft werden, was durch einen Umbau unter Beanspruchung einer Wohnung möglich war. In Langenthal und Thun erforderte die Verlegung des Kreiskommandos und des Sektionschefs neue Lokalitäten. Der im Amthaus Biel herrschende Raummangel zwingt auch dort zu neuen Lösungen. Als vorläufige Ausweichmöglichkeit wurden durch einen Aufbau 3 neue Arbeitsräume geschaffen. Eine weitere Entlastung wird durch Verlegung der Amtsschaffnerei ausserhalb des Amthauses angestrebt. In Burgdorf musste ebenfalls infolge Schaffung eines zweiten Richteramtes eine Umplacierung im Schloss vorgenommen werden. Der nötige Raum konnte durch Verlegung der Amtsschaffnerei gewonnen werden. Um eine zweckmässige Dauerlösung zu erreichen und um ferner den Wünschen des Rittersaalvereins nachzukommen, ist auch die Verlegung der Steuerverwaltung in Aussicht genommen. Im Schloss Trachselwald, wo infolge Ämtertrennung neue Räume bereitgestellt werden mussten, sind gegenwärtig Umbauarbeiten im Gang.

Die Seegrundgeschäfte haben einen nie dagewesenen Umfang angenommen. Infolge Durchführung von Revisionsarbeiten an den Ufergrenzen in zwei Gemeinden am Thunersee wurden zahlreiche Marchbereinigungen mit Uferanstössern notwendig. Auch die Korrektion der rechtsufrigen Thunerseestrasse erforderte zahlreiche Mutationen und Marchbereinigungen. Ebenso mussten am Bielersee in zahlreichen Fällen z. T. recht komplizierte Bereinigungsverfahren durchgeführt werden, die nicht selten zu heftigen Auseinandersetzungen mit Uferanstössern führten. Am Wohlensee ist in Zusammenarbeit mit mehreren Uferanstössern und den BKW in der Thalmatte wiederum eine Auflandung durchgeführt worden, die zur Sanierung der misslichen Verhältnisse beitrug.

Die zahlenmässigen Auswirkungen der verschiedenen Handänderungen gehen aus den nachstehenden Übersichten hervor, die auch über Schatzungsänderungen Aufschluss geben. Der Reinzuwachs des Domänenbestandes beträgt rund 2 Millionen Franken und ist zur Hauptsache auf nachträgliche Schatzungserhöhungen zurückzuführen. Die Domänen stehen zum amtlichen Wert zu Buch.

A. Ankäufe

1. Amt Bern. Um einer Sitzverlegung der Interkantonalen Kontrollstelle für Heilmittel (IKS) ausser

Kanton zu begegnen, erwarb der Staat von R. Reinhardt in Bern dessen Liegenschaft Erlachstrasse 8/10 in Bern. Nach Abbruch der Gebäude wird die IKS auf dem ihr im Baurecht zur Verfügung gestellten Terrain ein Verwaltungs- und Laboratoriumsgebäude errichten. Kaufpreis Fr. 163 000, amtlicher Wert Fr. 110 700. Grossratsbeschluss vom 12. Mai 1953.

Zuhanden der Landwirtschaftlichen Schule Rütti ist von Frau M. Morgenthaler eine Liegenschaft am Hübeliweg mit 2 Wohnhäusern und 144,55 a Land mit einem amtlichen Wert von Fr. 54 720 zum Preise von Fr. 170 000 erworben worden (Grossratsbeschluss vom 20. Mai 1953).

Ebenfalls für die Landwirtschaftliche Schule Rütti ist durch Grossratsbeschluss vom 16. September 1953 von Frau Emma Engemann und der Erbengemeinschaft Rud. Scheuner deren an der Länggasse in Zollikofen gelegene Liegenschaft, bestehend aus Wohnhaus mit Scheune, Wohnstock, Hausplatz, Hofraum, Garten, Obstgarten und Acker im Halte von 60,95 a und mit einem amtlichen Wert von Fr. 18 770 zum Preise von Fr. 52 000 angekauft worden.

2. Amt Konolfingen. Der Grosse Rat genehmigte am 19. Februar 1953 den Kaufvertrag, mit welchem die Besitzung v. Fellenberg in Rubigen im Halte von 110,49 a und mit einem amtlichen Wert von Fr. 82 220 zum Preise von Fr. 145 000 angekauft worden ist. Dieser Ankauf war notwendig, um das für die Korrektion der Staatsstrasse Bern–Thun am Ausgang des Dorfes Rubigen erforderliche Terrain zu einem angemessenen Preis zur Verfügung stellen zu können. Die übrige Liegenschaft konnte alsdann zum Preise von Fr. 136 000 wieder verkauft werden.

3. Amt Laupen. Von W. Hurni in Neuenegg sind zuhanden des dortigen Pfrundgutes 21 m² Land übernommen worden. Kaufpreis war keiner zu entrichten.

4. Amt Neuenstadt. In Neuenstadt ist im Hinblick auf eine spätere Unterbringung der dortigen Bezirksverwaltung in diesen Gebäuden die Liegenschaft «Maison de Gléresse» im Halte von 110,40 a Hausplätze, Hofräume, Garten, Obstgarten und Reben, mit einem amtlichen Werte von Fr. 85 530 zum Preise von Fr. 130 000 erworben worden. Grossratsbeschluss vom 19. Februar 1953.

In Nods wurde für die Erziehungsanstalt Tessenberg von Hans Schär in Lamboing ein Komplex Wiesland und Wald im Halte von 182,95 a mit einem amtlichen Wert von Fr. 1390 zum Preise von Fr. 2800 angekauft.

5. Amt Signau. Im Hinblick auf den Amthausneubau in Langnau wurden von der Firma Hirschen AG. 7,47 a Terrain mit einem amtlichen Wert von Fr. 14 710 zum Preise von Fr. 60 000 angekauft. An diesen Kaufpreis leistete die Gemeinde Langnau einen Beitrag von Fr. 10 000, so dass der Staat Fr. 50 000 aufzuwenden hatte.

6. Amt Nieder-Simmental. Zur Arrondierung der Domäne der Bergbauernschule Hondrich wurde von Frau Wwe. Jenzer eine anstossende Parzelle von 68,65 a Land mit daraufstehender Scheune mit einem amtlichen Wert von Fr. 3230 zum Preise von Fr. 7000 angekauft.

B. Verkäufe

1. Amt Erlach. In Ins ist von einer ausgebeuteten Kiesgrubenparzelle der Anstalten Witzwil an Fritz Vogel ein Teilstück von 20,44 a mit einem amtlichen Wert von Fr. 530 zu Fr. 1000 verkauft worden.

2. Amt Konolfingen. In Münsingen wurden 10 m² Land von der Schlossgutdomäne an die AG. Buchdruckerei Fischer zu Fr. 50 verkauft.

Ferner wurden in Münsingen von der Anstaltsdomäne 67 m² zur Verbreiterung des Gantrischweges zu Fr. 335 und 31 m² am Dorfmattweg zu Fr. 93 an die Einwohnergemeinde abgetreten.

In Rubigen ist nach Abtrennung des für die Korrektion der Staatsstrasse Bern–Thun notwendigen Terrains die v. Fellenberg-Besitzung wie folgt weiterverkauft worden: An die Firma Holzmosaik AG. Bern ein Teil von 60,88 a mit Scheune zu Fr. 55 000 und an H. O. Kohlund, Malermeister in Bern, der übrige Teil von 33,20 a mit Wohnhaus, Holzhaus und Garage zu Fr. 81 000. Amtlicher Wert dieser Veräusserungen Franken 76 880. Grossratsbeschluss vom 12. Mai 1953.

3. Amt Nidau. Für den Ausbau der Staatsstrasse in Nidau sind von einer Parzelle 1,88 a abgetreten worden. Der durch die Einwohnergemeinde Nidau zu entrichtende Kaufpreis von Fr. 2305 wurde mit dem durch den Staat zu entrichtenden Anstösserbeitrag an die Ausbaukosten verrechnet.

In Täuffelen sind der Einwohnergemeinde zum Zwecke des Ausbaues des Feldweges beim Friedhof 37 m² Pfrundland zum Preise von Fr. 74 verkauft worden.

4. Amt Signau. Vom Umschwung der Amthausdomäne Langnau sind 1,04 a zum Zwecke einer Marchbereinigung an die Firma Berger & Co. gegen Einräumung einer Dienstbarkeit abgetreten worden.

C. Abtausche

1. Amt Bern. Vom Pfrundgut in Bümpliz sind der Einwohnergemeinde Bern 46 m² und der Erbengemeinschaft Michel 84 m², gegen 50 m² bzw. 34 m² abgetauscht worden.

In Köniz tauschte das Erziehungsheim Landorf an Fritz Spycher, Landwirt, eine Parzelle von 48,96 a gegen eine solche von ebenfalls 48,96 a wertgleich ab.

2. Amt Konolfingen. Der Einwohnergemeinde Münsingen sind zum Zwecke eines Schulhausbaues von der dortigen Anstaltsdomäne an der Sägegasse gelegene 72,88 a Land gegen eine Parzelle von 117,56 a in der Stierenmattreute abgetauscht worden. Für den Mehrwert der ihr abgetretenen Parzelle zahlte die Gemeinde dem Staat einen Aufpreis von Fr. 17 080.

3. Amt Nidau. Vom Pfrundgut Täuffelen sind an Arthur Laubscher 25,46 a mit einem amtlichen Wert von Fr. 940 gegen 4,01 a mit einem amtlichen Wert von Fr. 400, und 21,45 a mit einem amtlichen Wert von Fr. 810 (letztere von F. Iseli & E. Struchen) abgetauscht worden.

Ebenfalls in Täuffelen wurden an die dortige Landwirtschaftliche Genossenschaft 3,61 a Pfrundland mit einem amtlichen Wert von Fr. 940 abgetreten. Real-

ersatz von 3,61 a wurde uns durch F. Iseli in Täuffelen geleistet.

4. Amt Signau. Vom Pfrundgut in Trub wurden der Einwohnergemeinde Trub für die Erweiterung des Friedhofes 7,54 a Land mit einem amtlichen Wert von Fr. 130 gegen eine Parzelle von 11,24 a mit einem amtlichen Wert von Fr. 230 abgetauscht. Für den Mehrwert der erhaltenen Parzelle sind der Gemeinde Fr. 200 bezahlt worden.

Übersicht über den Liegenschaftsverkehr

Zuwachs durch Ankäufe und Abtausche

Amtsbezirke	Gebäude	Erdreich			Amtlicher Wert	Kaufpreis
	Zahl	ha	a	m²	Fr.	Fr.
Bern	8	2	64	45	186 150 [1]	385 000.— [1]
Konolfingen	3	2	28	35	85 520	145 000.—
Laupen	—	—	—	21	80	—
Neuenstadt	5	2	83	35	86 920	132 800.—
Nidau	—	—	29	07	1 340	—
Signau	—	—	18	71	14 940	50 200.—
Nieder-Simmental	1	—	68	65	3 230	7 000.—
	17	8	92	79	378 180	720 000.—

Abgang durch Verkäufe und Abtausche

Amtsbezirke	Gebäude	Erdreich			Amtlicher Wert	Kaufpreis
	Zahl	ha	a	m²	Fr.	Fr.
Bern	—	—	50	26	2 260	—
Erlach	—	—	20	44	530	1 000.—
Konolfingen	3	1	68	04	89 290	153 558.—
Nidau	—	—	31	32	2 460	74.—
Signau	—	—	8	58	2 200	—
	3	2	78	64	96 740	154 632.—

Seegrundverkäufe

	m²		Kaufpreis Fr.
Wohlensee: Hinterkappelen	83	an die Erbengemeinschaft Schori	8.30
»	14274	an die Bernischen Kraftwerke AG. (Auflandungsterrain)	1427.40
	14357		1435.70

Ausweis über die Veränderungen

	Erdreich			Amtlicher Wert
	ha	a	m²	Fr.
Stand der Domänen am 31. Dezember 1952	3376	19	62	101 986 181.—
a) Zuwachs durch Ankäufe und Abtausche gem. Aufstellung [2]	7	48	24	323 460.—
b) Zuwachs durch ordentliche Berichtigungen	—	—	—	2 483 933.—
Übertrag	3383	67	86	104 793 574.—

[1] Der Zuwachs durch den Ankauf der Liegenschaft Morgenthaler in Zollikofen von 144,55 a mit einem amtlichen Wert von Fr. 54 720 wird erst im Jahre 1954, d. h. nach Entrichtung des vollen Kaufpreises, in den Domänenbestand aufgenommen.

[2] Siehe Bemerkung nach der Aufstellung über Zuwachs betreffend Liegenschaft Morgenthaler in Zollikofen.

	Erdreich ha	a	m²	Amtlicher Wert Fr.
Übertrag	3383	67	86	104 793 5574.—
Verminderung im Jahre 1953:				
a) durch Verkäufe und Abtausche gemäss Aufstellung . .	2	78	64	96 740.—
b) Berichtigungen infolge ordentlicher Schatzungsveränderungen	2	01	99	639 260.—
Bestand der Domänen am 31. Dezember 1953	3378	87	23	104 057 574.—

Der Reinertrag der Domänen belief sich im Berichtsjahr auf	Fr.	363 630.85
Im Voranschlag waren vorgesehen	»	372 962.—
Minderertrag gegenüber dem Voranschlag	Fr.	9 331.15

Dieser Minderertrag ergibt sich aus:

Mehrausgaben	Fr.	61 398.54
Mehreinnahmen	»	52 067.39
	Fr.	9 331.15

X. Kantonalbank

Wie üblich beschränken wir uns auf die Wiedergabe der Hauptposten der Gewinn- und Verlustrechnung, wie sie im Bericht des Bankrates an den Regierungsrat niedergelegt sind, und verweisen im übrigen auf diesen Bericht, der sämtlichen Mitgliedern des Grossen Rates zugestellt worden ist.

Rechnungsergebnis

Laut Gewinn- und Verlustrechnung setzt sich das Rechnungsergebnis für das Jahr 1953 aus folgenden Buchungen zusammen:

Ertrag an Zinsen, netto (einschliesslich 3 % Zins auf dem durchschnittlichen Wertschriftenbestand)			Fr. 9 521 819.44
Kommissionen, netto			» 1 717 765.94
Ertrag des Wechselportefeuilles			» 1 991 958.19
Ertrag der Wertschriften, dauernden Beteiligungen und Syndikatsbeteiligungen			» 517 235.52
Ertrag der Liegenschaften			» 322 179.40
Verschiedenes			» 479 335.63
			Fr. 14 550 294.12
Wovon abgehen:			
Verwaltungskosten		Fr. 9 769 047.51	
Steuern und Abgaben		» 963 317.57	
Verluste und Abschreibungen:			
Verluste auf Wechseln	Fr. 914.90		
Verluste auf Kontokorrent-Vorschüssen	» 72 235.01		
Verluste auf Hypothekaranlagen	» 816.—		
Abschreibungen auf Mobiliar	» 126 725.75		
Abschreibungen auf Bankgebäuden	» 101 800.—		
Rückstellungen für besondere Risiken	» 358 246.80		
	Fr. 660 738.46		
Abzüglich Wiedereingänge	» 25 937.70		
		» 634 800.76	
			» 11 367 165.84
		Jahreserträgnis	Fr. 3 183 128.28
Verwendung:			
1. 4½ % Verzinsung des Grundkapitals von Fr. 40 000 000		Fr. 1 800 000.—	
2. Zuweisung an den Reservefonds		» 200 000.—	
3. Zuweisung an den Baufonds		» 200 000.—	
4. Zuweisung an die Generalreserve für Risiken		» 983 128.28	
			Fr. 3 183 128.28

XI. Hypothekarkasse

Wie in frühern Jahren beschränken wir uns auch hier auf die Wiedergabe der Hauptposten aus der Gewinn- und Verlustrechnung, wie sie im Bericht der Direktion an den Verwaltungsrat der Anstalt enthalten sind. Der Bericht der Hypothekarkasse steht den Mitgliedern des Grossen Rates zur Verfügung.

Gewinn- und Verlustrechnung

Ertrag:	Hypothekaranlagen		Fr. 19 356 421.85
	Konto-Korrent-Debitoren mit Deckung		» 51 496.60
	Feste Vorschüsse und Darlehen mit Deckung		» 77 725.80
	Konto-Korrent-Guthaben und Darlehen an öffentlich-rechtliche Körperschaften		» 1 242 965.96
	Bankendebitoren		» 35 269.11
	Ertrag der Provisionen		» 29 485.65
	Zinsertrag der Wertschriften, Kursgewinne und Kommissionen		» 1 792 466.80
	Ertrag der Liegenschaften		» 97 149.90
			Fr. 22 682 981.67
Aufwand:	Verzinsung der festen Anleihen	Fr. 2 603 943.10	
	Verzinsung der Pfandbriefdarlehen	» 1 308 528.15	
	Kassascheine und Obligationen	» 1 548 987.90	
	Spareinlagen	» 3 198 251.91	
	Spezialfonds	» 9 765 721.06	
	Depositen in Konto-Korrent	» 241 307.20	
	Kreditoren auf Sicht	» 28 672.99	
	Kommissionen	» 20 589.33	
			» 18 716 001.64
			Fr. 3 966 980.03
wovon abgehen:			
	Verwaltungskosten	Fr. 991 900.89	
	Steuern und Abgaben	» 908 924.75	
	Beiträge	» 2 200.—	
	Abschreibung auf Mobiliar	» 10 352.75	
			» 1 913 378.39
		Jahreserträgnis	Fr. 2 053 601.64

Verwendung:

1.	4½% Verzinsung des Grundkapitals von Fr. 30 000 000	Fr. 1 350 000.—
2.	Zuweisung an den Reservefonds	» 400 000.—
3.	Zuweisung an den Baufonds	» 256 700.40
4.	Zuweisung an die Reserve für Maschinenerneuerung	» 40 000.—
5.	Vortrag auf neue Rechnung	» 6 901.24
		Fr. 2 053 601.64

XII. Bernische Kraftwerke

Die *Gewinn- und Verlustrechnung* der Bernischen Kraftwerke AG. weist für 1953 folgende Hauptposten auf:

Haben:	Saldovortrag vom Jahre 1952		Fr.	158 333.55
	Ertrag aus dem Energielieferungsgeschäft		»	13 897 973.10
	Ertrag aus dem Installationsgeschäft		»	395 812.35
	Ertrag der Beteiligungen und Wertschriften		»	606 025.70
		Summa Rohertrag	Fr.	15 058 144.70
Soll:	Zinsen	Fr. 119 444.20		
	Steuern, Abgaben und Schwellenlasten	» 3 000 737.20		
	Abschreibungen	» 6 947 317.25		
	Einlage in den Tilgungsfonds	» 700 000.—		
	Einlage in den Erneuerungsfonds	» 650 000.—		
			»	11 417 498.65
		Bleibt ein Reingewinn von	Fr.	3 640 646.05

Verwendung:

Zuweisung an den allgemeinen Reservefonds	Fr.	50 000.—
Zuweisung an den Spezial-Reservefonds	»	350 000.—
5½% Dividende an das Aktienkapital von Fr. 56 000 000	»	3 080 000.—
Vortrag auf neue Rechnung	»	160 646.05
	Fr.	3 640 646.05

Der Energieabsatz erreichte im Berichtsjahr einen neuen Höchststand. Er betrug 1 586 016 531 kWh gegenüber 1 570 157 526 kWh im Vorjahr, was einer Zunahme von rund 1% entspricht.

Auf die einzelnen Abnehmerkategorien verteilt, gestaltet sich die Energieabnahme in kWh wie folgt:

	1952	1953
Allgemeines Licht- und Kraftnetz	833 434 647	869 479 893
Normalbahnen	77 318 250	80 373 913
Schweizerische Elektrizitätswerke	435 462 289	432 906 544
Ausländische Elektrizitätswerke	43 546 500	34 825 000
Elektrochem. und elektrothermische Betriebe	180 395 840	168 431 181

Die Deckung des gesamten Energieabsatzes von 1 586 016 531 kWh erfolgte aus: eigenen Werken mit 484 645 700 kWh (492 981 600 kWh im Vorjahr), den Kraftwerken Oberhasli mit 598 512 437 kWh (538 802 029 kWh im Vorjahr), den Maggia-Kraftwerken mit 21 703 000 kWh und fremden Werken mit 481 155 394 kWh (538 373 897 kWh im Vorjahr).

Die Einnahmen aus dem Energielieferungsgeschäft sind von Fr. 55 913 607.70 im Vorjahr auf Franken 56 433 663.50 gestiegen, was einer Mehreinnahme von Fr. 520 055.80 entspricht. Die Ausgaben haben sich um Fr. 407 505.55 auf Fr. 42 535 690.40 vermindert. Der Bruttoüberschuss des Energielieferungsgeschäftes ist von Fr. 12 970 411.75 im Vorjahr auf Franken 13 897 973.10 gestiegen.

Das Installationsgeschäft verzeigt bei Franken 13 489 948.85 (Fr. 13 390 174.40 im Vorjahr) Einnahmen und Fr. 13 094 136.50 (Fr. 13 008 918.90) Ausgaben einen Bruttoüberschuss von Fr. 395 812.35 (Fr. 381 255.50).

Die Abschreibungen auf den Kraftwerken, Leitungen, Stationen und Verteilanlagen, Verwaltungsgebäuden und anderen Liegenschaften, Mobilien, Werkzeugen und Instrumenten betragen Fr. 6 947 317.25 gegen Fr. 6 820 818.60 im Vorjahr. Die Einlagen in den Tilgungsfonds mit Fr. 700 000 und in den Erneuerungsfonds mit Fr. 650 000 sind unverändert geblieben.

Bern, den 15. Mai 1954.

Der Finanzdirektor:
Siegenthaler

Vom Regierungsrat genehmigt am 25. Juni 1954.

Begl. Der Staatsschreiber: **Schneider**